

# Pro Ecclesia — jenseits der Fronten

Zum Gedenken an Oberkonsistorialrat D. Walter Schwarz 1886-1957

Das Jahr 1986 gibt Anlaß, eines Mannes zu gedenken, dessen Dienst an Kirche und Öffentlichkeit seiner schlesischen Heimat gegolten, aber auch über ihre Grenzen hinaus gewirkt hat. Am 3. Dezember jährt sich sein Geburtstag zum hundertsten Mal. Mancher wird sich noch seiner erinnern. Er konnte zuhören und machte wenig von sich her. Doch ragte er durch klares und kluges Urteil hervor, so daß er zu den führenden Männern der Preußischen Kirche gezählt werden kann.

Manche haben ihm auf seinem Wege in der Verantwortung, der von Mißdeutungen nicht verschont geblieben ist, nicht immer folgen können. Trotzdem hat er in klarer Sicht des Kommenden die Last der Verantwortung auf sich genommen, an der er sowohl zur Zeit des NS-Regimes als auch noch im Nachkriegsjahrzehnt zu tragen hatte. Das ist wahrlich nicht leicht gewesen für einen Mann, der der Entwicklung nüchtern und illusionslos entgegengesehen und sich vom äußeren Schein nicht hat blenden lassen. Erst im Nachhinein haben manche seiner früheren Kontrahenten sein Verhalten besser verstehen und gerechter beurteilen gelernt.

Aus seinem geschichtlichen Denken heraus war er ein Mann der Kontinuität, der von den Vätern wußte, Erfahrungen gelten ließ und nicht währte, daß alles erst mit der gegenwärtigen Generation begänne oder seinen Anfang nähme. Zugleich war er ein kritischer Beobachter der Gegenwart. Auch ging sein Blick hell und weitsichtig über den Tag hinaus in die Zukunft, in der die Dinge erst reifen und Frucht tragen konnten. Im Rückblick gesehen ist manches Planen und Vorausdenken freilich vergeblich geblieben: einmal weil die Katastrophe im Osten zu einem erschütternden Zusammenbruch geführt hat, der vieles unter sich begraben hat; zum anderen aber auch, weil eine nachfolgende Generation im Vollgefühl des Aufbruchs nach 1945 wenig Wert auf das Einbringen von Erfahrungen gelegt hat.

In der kirchlichen Neuordnung brach die alte Spannung zwischen kirchenamtlichen Zentralisierungstendenzen und dem freien Wirken eines loyalen kirchlichen Verbandswesens nach Fortfall der Bedrückung von außen wieder auf. Trotz des Hervortretens kirchenpolitischer Akzente und persönlicher Aversionen ist Walter Schwarz in diesen Jahren nicht müde geworden, seinen entsagungsvollen Weg zu gehen, ohne Anerkennung und Dank zu erwarten. Er hat sich in Dienst nehmen lassen für ein Wirken in Kirche und Öffentlichkeit und nicht zuletzt auch für seine schlesische Heimat.

## I. Pionier kirchlicher Öffentlichkeitsarbeit

Versteht man heute unter Öffentlichkeitsarbeit vor allem die kirchliche Publizistik und Medienarbeit und dazu noch die Werbung in Form von public-relation-Pflege, so muß man für die Anfangszeit sehr viel weiter

ausgreifen. Hier lag ein sehr viel umfassenderes Konzept kirchlicher Öffentlichkeitsarbeit vor, das von Professor D. August Hinderer im Evangelischen Preßverband für Deutschland in Berlin ausging. Was heute in besonderen Einrichtungen wie Rundfunk- und Fernsehreferaten, Evangelischen Akademien und Erwachsenenbildungseinrichtungen, Katechetischen Ämtern und Sozialpfarrämtern geschieht, das alles hat seine Wurzeln in der ursprünglichen Öffentlichkeitsarbeit im weitesten Sinne. An der Verwirklichung dieses Konzepts ist Walter Schwarz wie kaum ein anderer beteiligt gewesen.

### 1. Vorspiel in Posen 1916-1919

Der breiten Entfaltung kirchlicher Öffentlichkeitsarbeit in Schlesien in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg ist eine kurze Episode während des 1. Weltkrieges in Posen vorausgegangen. Denn nach kurzen Jahren pfarramtlicher Tätigkeit im schlesischen Bad Charlottenbrunn (1912-1916) wurde Walter Schwarz in eine umfassendere Aufgabe in die benachbarte Kirchenprovinz Posen berufen. An sich bestand für ihn keine Veranlassung, sich aus der Arbeit besonders mit der Jugend und den gemeindlichen Verhältnissen fortzuwünschen. Aber die Aufgabe des Aufbaus der Jugendpflege in der Posener Kirche konnte auch reizen, zumal die soziale Ausrichtung durchaus im Zuge der Zeit lag. Auch hatte sich s. Zt. der junge Vikar nach dem 1. theologischen Examen vom Breslauer Konsistorium für ein Vierteljahr beurlauben lassen, um die Probleme der Industriearbeiterjugend in dem von Walter Classen begründeten Volksheim in Hammerbrook, einem Bildungszentrum für Jugendliche aus den Hamburger Arbeiterstadtteilen, kennenzulernen. Hier war er auf die Spuren von Johann Hinrich Wichern und die Tätigkeit der von diesem begründeten Inneren Mission gestoßen. Insofern war sein Blick für die neuen Aufgaben in Posen bereits geschärft.

Am Reformationstag 1915 hielt er in Posen eine Probepredigt, die zu seiner endgültigen Berufung führte. Ende April 1916 verließ die junge Pastorenfamilie das Feld der ersten Wirksamkeit und verzog in die Hauptstadt der Nachbarprovinz, wo sich ein neues Arbeitsfeld auftat.

Die Einsetzung besonderer Jugendpfarrer war damals noch eine Seltenheit, gab es doch noch keine Jugendpfarrämter im heutigen Sinne. Jugendarbeit war den Initiativen einzelner überlassen und fand in Form von örtlichen Vereinen statt. Aus kleinen Anfängen — waren die Mittel doch ungleich bescheidener als heute — ließ sich durch Kontaktpflege mit den bestehenden Vereinen und persönlichem Einsatz selbst unter den Einschränkungen der Kriegszeit und den anders gelagerten Verhältnissen im Posenschen einiges erreichen. Auf der Konferenz der Synodalvertreter für Innere Mission am 10.7.1917 in Posen hielt Schwarz ein Referat „Was schulden wir unserer gebildeten Jugend?“ Der im Druck vorliegende Vortrag ist eins der wenigen Dokumente aus dieser Zeit, die überdauert haben.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Sonderdruck aus „Die Innere Mission im evangelischen Deutschland“, Jg. 1917, S. 273-280, Agentur des Rauhen Hauses.

Jedenfalls wurde der damalige Konsistorialpräsident Balan auf den jungen Pastor aufmerksam. In dessen Tätigkeit vollzog sich insofern ein Wandel, als ihm auch die Leitung der Pressearbeit übertragen wurde, die sich allmählich zur Hauptaufgabe ausweitete. Pastor Stark hatte als Vereingestlicher der Inneren Mission einen „Evangelischen Preßverband für Posen“ ins Leben gerufen, war aber 1912 als Geschäftsführer des Evangelischen Preßverbands für Deutschland nach Berlin gegangen. Sein Nachfolger in Posen, Pastor Heine, schied noch während der Kriegsjahre aus, so daß Walter Schwarz als Direktor des Verbands vor einer neuen Aufgabe stand.<sup>2)</sup> Wenn sie infolge des Kriegsausgangs nur eine Episode bleiben sollte, so war doch eine Weichenstellung geschehen, die für den weiteren Weg von Walter Schwarz bestimmend werden sollte. Denn hier spürte er zum ersten Mal die von dem Leiter des Evangelischen Preßverbands für Württemberg ausgehenden Impulse für eine kirchliche Öffentlichkeitsarbeit.

August Hinderer in Stuttgart galt schon damals als der führende Mann, dessen Gedanken und Willenskraft bis zum Preßverband für die Provinz Posen ausstrahlte.<sup>3)</sup> Damit ist der Beginn einer freundschaftlichen Verbundenheit angedeutet, die ein Leben lang und in schwerer Zeit über alle Vergeblichkeit im äußeren Ringen hinaus Bestand gehabt hat. Walter Schwarz hat dem Freunde im Jahre 1950 eine Biographie gewidmet, die seine Bedeutung für die Evangelische Kirche nachzeichnet. Hinderer übernahm 1917/18 die Leitung des Evangelischen Preßverbands für Deutschland, also des Dachverbands für die in den Provinzen und Landes- teilen bestehenden selbständigen Preßverbände, die sich gegenüber ihrem Wurzelgrund in der Inneren Mission allmählich verselbständigt hatten. Die wachsende Bedeutung der Presse und das Anwachsen der Arbeit erforderten eigene Formen, denen auch kirchlich Rechnung zu tragen war. Die Posener Zeit war kurz bemessen, da sich Ende 1918 die Ereignisse in Stadt und Provinz überschlugen. Am 17. Dezember brach in der Stadt der polnische Aufstand los, der in die polnische Besetzung des größten Teils der Provinz mit Ausnahme der nördlichen, westlichen und südlichen Gebiete ausmündete. Die Lage für die evangelische Kirche der Provinz verschlechterte sich infolge der Abwanderung vieler Gemeindeglieder vor und nach den Verhandlungen in Versailles zusehends. Auch für Walter Schwarz war des Bleibens an der bisherigen Wirkungsstätte nicht mehr, wollte und konnte er doch nicht für Polen optieren. Zudem erfüllte er als Zuwanderer erst während der Kriegszeit nicht das Stichjahr 1908, das für eine Option und damit den Erwerb polnischer Staatsangehörigkeit die Voraussetzung war. Jedoch blieben die Mitglieder des Konsistoriums und Generalsuperintendent D. Blau trotzdem in ihren Ämtern, um der zusam-

<sup>2)</sup> Vgl. Gotthold Rhode, Geschichte der Stadt Posen, 1953 S. 34, aber Reihenfolge der Preßbandsdirektoren: Stark, Heine, Schwarz; vgl. auch Arthur Rhode, Geschichte der Evangelischen Kirche im Posener Lande, 1956.

<sup>3)</sup> Walter Schwarz, August Hinderer — Leben und Werk, 1951 S. 64 (Aus klaren Quellen, Bd. 39)

mengeschmolzenen evangelischen Kirche im Posener Land weiter zu dienen, auch wenn sie jederzeit ausgewiesen werden konnten, da auch sie nicht die fremde Staatsbürgerschaft besaßen.<sup>4)</sup>

## 2. Aufbau in Schlesien 1919-1936

Daß es nach Schlesien zurückging, lag auf der Hand. Wohin sollte sich die Familie, deren Herkunft in Schlesien lag, in dieser Notsituation auch wenden? Zur schlesischen Kirche bestanden außerdem die engsten Bindungen. So war auf der Suche nach einem Neuanfang Breslau, wo auch die elterliche Familie der Frau ihre Wohnstatt hatte, das gegebene Ziel. Dort auf der Gutenbergstraße im Südteil der Stadt rückte die Familie Thalheim zusammen, und kroch die Familie Schwarz mit inzwischen drei Kleinkindern unter, ein Flüchtlingsschicksal schon zu damaliger Zeit. In der Heimatprovinz zurückgekehrt, traf es sich für Walter Schwarz günstig, daß der 1914 begründete „Evangelische Preßverband für Schlesien“ (EPS) erstmals einen hauptamtlichen Berufsarbeiter einstellen konnte und wollte. So wurde der bisherige Direktor aus Posen berufen. Die Grundlage für diesen Schritt bildete ein Beschluß der Provinzialsynode, die als letzte der preußischen Synoden eine zunächst auf drei Jahre begrenzte Beihilfe für die Arbeit bewilligte.<sup>5)</sup>

So konnte sich die Arbeit des Verbandes in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins entfalten.

Anfangs wurde eine bescheidene Geschäftsstelle in der Goethestr. 5 errichtet und, sobald in der Hohenzollernstr. 77, Ecke Agathstr., eine Wohnung von sieben Zimmern, die Büro und Familie aufnehmen konnte, gefunden war, dorthin verlegt. Trotz beginnender Inflation und äußerer Nöte des Landes wie der Abtretungsverluste, Volksabstimmungen und polnischen Aufstände in Oberschlesien begann hier eine Arbeit, die, auf weite Sicht angelegt, immer weiter ausstrahlen sollte.

Der Verband, anfangs noch unter dem Vorsitz des Geh. Konsistorialrats Streetz, folgte einer neuen von Professor Hinderer ausgehenden Konzeption, nämlich daß sich die Arbeit nicht allein auf reine Pressetätigkeit wie die bisherige Herausgabe der „Schlesischen Korrespondenz“ und Verbindung zur weltlichen Presse beschränken dürfe, sondern allen Äußerungen kirchlichen Lebens gegenüber offen sein müsse. Hinderer hatte schon 1917 im Reformationsjubiläumjahr auf der Vertreterversammlung des Evangelischen Preßverbandes für Württemberg die Parole ausgegeben: „Von der Pressearbeit zur Öffentlichkeitsarbeit der Kirche!“<sup>6)</sup>

In Schlesien übernahm 1920 nach dem Tod des bisherigen Vorsitzenden Oberpräsident a. D. von Guenther den Verbandsvorsitz. Unter seiner vorausschauenden Leitung erfolgte der Erwerb des Hauses am Schweidnitzer

<sup>4)</sup> Vgl. A. Rhode a.a.O., S. 200, Anm. 2.

<sup>5)</sup> Walter Schwarz, Die Geschichte der evangelischen Preßbestrebungen in Schlesien, in: G. Hultsch (Hrsg.): Das evangelische Schlesien, Bd. IV: Das Diakonische Werk, S. 153.

<sup>6)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 3, S. 61.

Stadtgraben 29 gegenüber der Liebichshöhe für den Verband im Jahre 1925, um die sich ausweitende Arbeit aufzunehmen.<sup>7)</sup> Auf die Dauer gerieten Büro und Familienwohnung auf einer Etage doch in Raumnot. So fand die Zentrale kirchlicher Öffentlichkeitsarbeit ihr Unterkommen im eigenen Haus.

Wie die Arbeit unter Leitung des Direktors vor sich ging, hat Kurt Ihlenfeld im Eckart und in seinem Bändchen „Freundschaft mit Jochen Klepper“ sehr anschaulich und amüsant beschrieben.<sup>8)</sup> Im Vorsitz ist der damalige Superintendent und spätere Konsistorialrat Hembd, früher in Stonsdorf bei Hirschberg, hernach in Breslau, auf Exzellenz von Guenther gefolgt. Er hatte schon 1917 die schlesischen Gemeinde- und Sonntagsblätter zu einer Konferenz zusammengeschlossen und sich dadurch kirchlicher Pressearbeit gegenüber aufgeschlossen gezeigt. Alle Vorsitzenden haben dem Direktor weitgehend Freiheit gelassen und ihn in seiner Aufbauarbeit hervorragend unterstützt, ja auch, wenn es sein mußte, ihre Hände schützend über dem Werk gehalten.

Der schlesische Preßverband hat die von Hinderer ausgehende und vom Dachverband in Berlin verfolgte Entwicklung von reiner Pressearbeit zur kirchlichen Öffentlichkeitsarbeit seit 1919 bewußt aufgenommen und ihren Ausbau konsequent in diesem Sinne vorangetrieben. Die Freundschaft zwischen den beiden leitenden und in ihrer Wesensart so unterschiedlichen Männern hat nicht unwesentlich zum Erfolg beigetragen. Man könnte Walter Schwarz wohl als die „rechte Hand“ Hinderers unter den übrigen Verbandsdirektoren bezeichnen, nahm er doch die Intentionen und Anregungen des Älteren so kongenial auf und setzte sie in die Tat um, wie das in dieser Weise an keiner anderen Stelle geschehen ist.

Generalsuperintendent D. Nottebohm und Konsistorialpräsident D. Schuster brachten im übrigen viel Verständnis für die Arbeit auf, deren Voraussetzung das gegenseitige Vertrauen war. Ein so empfindliches Gebiet wie Presse und Öffentlichkeitsarbeit eignet sich nicht für kirchenamtliche oder behördliche Gängelei. Die neue Aufgabe, die der evangelischen Kirche aus der von der Revolution proklamierten Religionslosigkeit des Staates erwuchs, hat der Geistliche Vizepräsident des Preußischen Evangelischen Oberkirchenrats (EOK) Prof. D. Julius Kaftan 1921 auf dem Kirchentag in Stuttgart klar umschrieben und dabei das freie Zusammenspiel der Kräfte gewürdigt.<sup>9)</sup>

Der finanzielle Spielraum der Arbeit ist immer schmal gewesen. In der Kasse herrschte, besonders in den Anfangsjahren öfters Ebbe, so daß man nicht wußte, ob die Einnahmen reichten, um die Löhne und Gehälter termingerecht zu zahlen. Auch die Familie des Direktors mußte sich zu Zeiten mit Abschlagszahlungen begnügen, bis sich wieder Geld in der Kasse angesammelt hatte. Denn um Zuschüsse mußte gerungen werden; die Bit-

<sup>7)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 160.

<sup>8)</sup> Vgl. die Zeitschrift „Eckart“, 1953, S. 190 ff.; Kurt Ihlenfeld, Freundschaft mit Jochen Klepper, S. 9 ff.,

<sup>9)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 161 f.

ten um örtliche Kollekten fanden ein unterschiedliches Echo je nachdem, ob diese Arbeit, die Neuland pflügte, in Gemeinden und unter Amtsträgern auf Verständnis traf.

Das Kernstück der Verbandsarbeit lag gewiß in der Presseabteilung, der alle publizistischen Tätigkeiten oblagen. Denn zum ersten galt es, die Verbindungen zur weltlichen Presse näher zu knüpfen und auszubauen. So wurde die bestehende „Evangelische Pressekorrespondenz“ mit Nachrichten und Berichten aus dem kirchlichen Leben fortgesetzt und den einzelnen Redaktionen bald unmittelbar von Breslau aus zugesandt und nicht mehr wie vordem über Vertrauensleute in den Unterbereichen verteilt. Das bedeutete Aktualisierung und Beschleunigung der Nachrichtengebung. Besuche, Pressekonferenzen und Besichtigungen z.B. von Anstalten der Inneren Mission eröffneten Journalisten völlig neue Einblicke in weithin unbekannte kirchliche Arbeitsgebiete und stellten auch wichtige persönliche Verbindungen her.

Sodann galt es für die journalistische Zurüstung von Theologen zu sorgen. Die Ausbildung am geschriebenen Wort geschah auf Pressekursen, bei denen Vertreter der Zeitungswissenschaft und der journalistischen Praxis mitwirkten. Auch auf dem Predigerseminar in Naumburg am Queis fanden mehrtägige Presselehrgänge, verbunden mit praktischen Übungen, statt.<sup>10)</sup>

Das Konsistorium überwies dem Preßverband sogar Vikare während der praktischen Ausbildung und sorgte damit für einen Stamm von Pfarrern, die sich in kirchlicher Öffentlichkeitsarbeit auskannten. Unter ihnen waren Karl Buschbeck, Erich Krien, Lic. Gottfried Fitzer, Dr. Kurt Meschke, Fritz Straßmann, Dr. Hans Krause, Johannes Schwarzbach.<sup>11)</sup>

Schließlich wurde der Preßverband durch die Begründung des Gemeindeblattes „Unsere Kirche“ im Jahre 1920 selbst auf publizistischem Gebiet tätig. Es erschien vorerst als Monatsblatt mit Sonderseiten für Kirchenkreise und Kirchengemeinden. Man bedenke die damalige wirtschaftliche Situation und die beginnende Inflation, in der solches Unterfangen angesichts des Untergangs anderer Blätter ein besonderes Wagnis bedeuten mußte. Trotz aller Schwierigkeiten konnte das Blatt mit der Zeit zum wöchentlichen Erscheinen übergehen. Ohne eine Monopolstellung zu beanspruchen, hielt es sich und erzielte bis 1927 immerhin eine Auflage von 42000 mit 18 verschiedenen Gemeindebeilagen. Eine der wenigen Beispiele für gelungene Planung kirchlicher Pressearbeit, das sonst durch viel Wildwuchs und eine Fülle konkurrierender Blätter und Blättchen gekennzeichnet war, bildeten die Monatsbeilagen für die Wochenausgaben von „Unsere Kirche“; der vom EPD herausgegebene Bilderbote mit der letzten schlesischen Seite, der Gustav-Adolf-Bote, das Blatt „Dienet einander“ der schlesischen Diakonissenmutterhäuser und „Elternhaus und Schule“ als Organ des Schlesischen Provinzialverbands evangelischer

<sup>10)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 160.

<sup>11)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 160.

<sup>12)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 161.

Eltern- und Volksbünde, auf den noch näher einzugehen sein wird, wechseln miteinander ab.<sup>12)</sup> So wurde das Blatt des Preßverbands zugleich zum Vehikel für die Veröffentlichungen der Verbands- und Vereinsarbeit. Die Schriftleiter anderer lebensfähiger und lebenswerter Gemeindeblätter wurden zu Freizeiten eingeladen, um Anregungen zur Gestaltung zu erhalten, auch aus Kritik an den Veröffentlichungen zu lernen und über gegenwärtige Aufgaben auf dem Gebiete der Kulturpolitik, der Apologetik und der Volksbildung informiert zu werden. Der Verband evangelischer Gemeinde- und Sonntagsblätter hatte in der Presseabteilung, der in den 20er Jahren Dr. Kurt Ihlenfeld vorstand, seine Geschäfts- und Austauschstelle.

Ihr zugeordnet war ferner die Arbeitsgemeinschaft für Rundfunk, in der Jochen Klepper für die Morgenfeiern im Breslauer Sender die Verantwortung trug und die Vereinigung evangelischer Rundfunkhörer betreute. Er gab erstmals eine Rundfunkkritik als Korrespondenz für die Zeitungen heraus in einer Zeit, in der sich dieses Medium erst entwickelte. Jochen Klepper und Rudolf Mirbt wirkten bei der Programmgestaltung des Senders mit, der Direktor gehörte seinem Kulturbeirat als Mitglied an.<sup>13)</sup> Schließlich bleibt noch die verlegerische Arbeit zu erwähnen. Zu ihr gehörte jährlich die Gestaltung des Schlesischen Evangelischen Volkskalenders. Künstler wie Prof. Hanusch, H.M. Avenarius, Hugo Scheinert, Grete Schmedes u.a. wirkten an seiner Ausgestaltung mit. Schon 1920 im Jahr der großen Gefährdung des Landes erschien das Buch über „Die evangelische Kirche Oberschlesiens“. 1926 folgte das grundlegende Werk von Dr. Alfred Wiesenhütter „Der Evangelische Kirchbau Schlesiens von der Reformation bis zur Gegenwart.“ Die „Schlesische Kirchengeschichte“ von Hellmut Eberlein konnte noch 1932 in Erstauflage herauskommen. Daneben wurden Geschichten von Kirchspielen und Kirchenkreisen verlegt.<sup>14)</sup>

Um diese publizistische Kernarbeit kristallisierte sich allmählich ein Arbeitszweig nach dem anderen. So bildete sich um die Mitte ein Kranz weiterer Abteilungen aus den Bereichen der Kulturpolitik und Volksbildung.

#### *a. Schulabteilung*

Vor allem die Schulfragen drängten damals in den Vordergrund, so daß sich die Notwendigkeit ergab, eine Schulabteilung einzurichten. Aus dem Ansturm konfessionsloser, religionsfeindlicher Elemente auf die bis dahin „evangelische“ Volksschule, der 1920 zu einer Niederlage bei den Elternbeiratswahlen geführt hatte, galt es die Konsequenzen zu ziehen und zu lernen. Die Aufgaben lagen in der Zusammenführung evangelischer Eltern, der Stärkung des Elternwillens überhaupt und seinem besonnenen Einsatz im kulturpolitischen Ringen. Der Preßverband übernahm daher die Geschäftsführung des am 15.2.1922 gegründeten Provinzialverbands

<sup>13)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 165.

<sup>14)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 168 f.

evangelischer Eltern- und Volksbünde, der seinerseits Mitglied des Reichsverbands wurde.<sup>15)</sup> Der komplizierte Name war bewußt so gewählt worden, um auch weitergehende Aufgaben über das rein schulpolitische Feld hinaus übernehmen zu können. Den Vorsitz übernahm der geachtete Universitätslehrer Geheimrat Prof. D. Erich Schaefer. Als Berufsarbeiterin trat Dr. Luise Drews in die Arbeit ein, zeitweise auch Junglehrer Heinrich.

Die Aufgabe war groß, galt es doch den evangelischen Volksteil zu mobilisieren und auf die Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung im Ringen um das Reichsschulgesetz vorzubereiten. Dies geschah in großer Breite durch die Zerstüfung von Männern und Frauen für den Dienst in Elternbeiräten und Schuldeputationen. Der Provinzialverband zählte schließlich 1 138 Ortsgruppen, 45 Kreis- und drei Stadtverbände, eine beachtliche Leistung in der Zeit der Weimarer Republik, wie sie nie mehr wieder zustande gekommen ist.<sup>16)</sup>

Bis in die Kommunalpolitik hinein erstreckten sich die Bemühungen zur Übernahme öffentlicher Verantwortung, so daß es verschiedentlich auch zur Aufstellung unpolitischer Listen kam und auf diese Weise sachverständige und bewußt evangelisch kirchliche Persönlichkeiten zur Mitwirkung in Stadtparlamenten oder Ausschüssen gelangten.

Der Provinzialverband nahm gegenüber den von den Roten Falken organisierten Kinderlagern auch die Einrichtung evangelischer Kinderlager auf. Damals haben sich evangelische Lehrer und ihre Frauen bereit erklärt, ihre Ferien dranzugeben und die Verantwortung für solche Kinderlager auf sich zu nehmen. Endlich wurde der Geschäftsstelle in Breslau noch eine Evangelische Erziehungsberatung unter Frau Dr. Lebek zugeordnet.

Sodann erforderte aber auch die religionspädagogische Fragestellung ganze Aufmerksamkeit. Die 1925 begründete „Gesellschaft für evangelische Pädagogik“ errichtete noch im gleichen Jahr eine Zweigstelle im schlesischen Preßverband, um in Freizeiten die „Ergebnisse der Erziehungswissenschaft für die evangelische Erziehungspraxis fruchtbar zu machen“ und „den evangelischen Erziehungsgedanken innerhalb des Kreises der Berufserzieher (Lehrer und Pfarrer) immer lebendiger zu machen und ihn auch in der Öffentlichkeit zu vertreten“.<sup>17)</sup> Freizeiten für Lehrer und Lehrerinnen aller Schattierungen, mit denen der Provinzialelternbund schon 1924 begonnen hatte, und die Förderung von Arbeitsgemeinschaften zwischen Pfarrern und Lehrern gehörten zu den zahlreichen Vorhaben. Aus ihnen ging eine Vereinigung evangelischer Lehrer und Lehrerinnen hervor, die dem Provinzialelternbund zu einer wichtigen Stütze wurde. In Verbindung mit der Schulberatungsstelle des Konsistoriums, die es vor allem mit den Religionslehrplänen und Lehrbüchern zu

<sup>15)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 162.

<sup>16)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 162.

<sup>17)</sup> Gedruckter Prospekt der „Gesellschaft für evangelische Pädagogik“, Zweigstelle Breslau im Nachlaß Walter Schwarz, Akte Preßverband.

tun hatte, bewährte sich die Vermittlung von pädagogischer Literatur und Vorträgen.<sup>18</sup> Die Lehrerfreizeiten gerade in der Notzeit des Lehrernachwuchses in den 20er Jahren erfreuten sich großen Ansehens und wurden von der Regierung sogar als Fortbildungsveranstaltungen anerkannt. In Fürsorge für den Lehrernachwuchs kam es nach Eröffnung der Pädagogischen Hochschule in Breslau zur Errichtung eines Studentenheims in der Kaiser-Wilhelm-Straße.<sup>19</sup>)

Auf dem Boden der Arbeit der „Gesellschaft für evangelische Pädagogik“ ist sogar der Religionsunterricht an Fortbildungs- und Berufsschulen schon 1927 diskutiert und das Ergebnis in einer Denkschrift „Der Religionsunterricht in der Berufsschule“ zusammengefaßt worden. Nach langwierigen Verhandlungen wirkte sie sich immerhin so aus, daß 1932 hin und her im Lande, vor allem in Breslau, der Entschluß zu einer freiwilligen Einführung gefaßt worden war, jedoch 1933 nach der Machtergreifung entgegen den früheren Zusagen nicht mehr zur Ausführung gelangte.<sup>20</sup>)

So hatte dieser Arbeitsbereich Eltern, Kinder und Lehrer in umfassendem Sinne im Blick, wenn er die religionspädagogische Fragestellung ausbreitete und bis zur kommunalpolitischen Verantwortung des Christen auszog. Keine Frage, daß Walter Schwarz als Sohn eines klassischen Philologen gerade die Schulfragen, nun aber speziell aus kirchlicher Sicht besonders interessierten und ihm von seinem Herkommen her auch nahelagen, bildeten sie doch von jeher einen Grenzbereich im Verhältnis von Staat und Kirche.

#### *b. Volksbildungsabteilung*

Volksbildung gehört heute zu den Begriffen, die etwas belastet klingen, da wir einerseits eine Epoche der Übersteigerung des völkischen Gedankens und der Volksgemeinschaft hinter uns haben und andererseits einen Mißbrauch im ideologischen Sinne in Begriffen wie Volksdemokratie, Volkspolizei, Volksarmee und volkseigenen Betrieben bis hin zum Volksbildungsministerium erleben. In den zwanziger Jahren konnte man noch viel unbefangener von Volksbildung sprechen, ebenso wie es eine Volksschule gab und Volkshochschulen aufkamen, Volksbücher sich um Volkstümlichkeit in gutem Sinne und um Breitenwirkung in das Volk hinein bemühten, an das auch eine Volkskirche gewiesen ist.

Den Anstoß zur Gründung einer schlesischen Arbeitsgemeinschaft für evangelische Volksbildung gaben die mancherlei volksbildnerischen Bestrebungen auf evangelischer Seite im Lande, die sich ihres Zusammenhangs bewußt werden wollten und zu vereinter Wirkung kommen sollten. Dr. Friedrich Bartsch, der später nach Berlin zum EPD ging, wurde der erste hauptamtliche Leiter der Geschäftsstelle im EPS. Ihm folgte Rudolf

<sup>18</sup>) Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 163.

<sup>19</sup>) Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 168.

<sup>20</sup>) Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 164.

Mirbt, der als gelernter Buchhändler und begabter Laienspieler gute Voraussetzungen mitbrachte. Als er zum Breslauer Sender ging, war Dr. Friedrich Falk sein Nachfolger.<sup>21)</sup> Buchkammer, Bildkammer und Laienspielberatung bildeten die Zweige dieser Abteilung. Sie sollte den Auf- und Ausbau von evangelischen Volksbüchereien fördern und den Gemeinden mit dem Angebot von Filmen und Lichtbildserien sowie den Laienspielgruppen mit Beratung zu Diensten stehen. Um letztere hat sich Pastor Wilhelm Treblin, Schmolz, neben Rudolf Mirbt durch Herausgabe eines Laienspielberaters, der mehrere Auflagen erlebt hat, verdient gemacht. Hinzu kam noch die volksmusikalische Abteilung unter Leitung von Studienassessor Hoffmann, die sich auch der Förderung durch Prof. Strube vom EPD in Berlin erfreute. Sie verhalf besonders der Singebewegung von Walter Hensel zur Ausbreitung in den Gemeinden. Günter Ramin und ein anderes Mal Paul Hindemith wirkten auf Lehrerfreizeiten mit. Letzteres wurde dem Direktor später zur NS-Zeit zum Vorwurf gemacht.<sup>22)</sup> In die praktische Arbeit führte die Aufnahme der Arbeit in besonderen Volkshochschulheimen. Die ersten Versuche liefen 1924 in Gemeinschaft mit dem Diakonenbrüderhaus Zoar im Heidehof zu Rothenburg/Oberlausitz an. Aber das bewährte sich weniger. Deshalb erfolgte 1925 die Übersiedlung unter Johannes Rienau nach Kl. Silsterwitz am Zobten. Dort konnte 1927 sogar ein neu errichtetes eigenes Heim auf einer Waldwiese unterhalb des Geiersberges bezogen werden. In Vierteljahreskursen kamen hier Büroangestellte, Kaufleute, Bergleute, aber vor allem junge Handwerker, auch einige ungelernete Arbeiter, sogar ein Junglehrer und ein Innenarchitekt im Sinne echter Volksbildungsarbeit zusammen.<sup>24)</sup> Im Jahre 1927 eröffnete der Preßverband ein weiteres Volksbildungs- und Freizeithaus, das Albrechtshaus in Kamenz am Eingang zur Grafschaft Glatz, das vom Prinzen Friedrich Heinrich angemietet werden konnte. Hier betrieb Dr. Friedrich Falk die Bildungsarbeit in speziellen Arbeiterkursen so erfolgreich, daß das Landesarbeitsamt ihm s. Zt. die Ausbildung von Leitern für den freiwilligen Arbeitsdienst übertrug.<sup>24)</sup> Im Albrechtshaus fanden aber auch Konferenzen des Preßverbandes, Tagungen oder Freizeiten mit bestimmten Berufsgruppen wie evangelischen Juristen oder Medizinerinnen u. a. statt. Über die Altfreunde des DCSV hinaus bildeten sich an verschiedenen Orten Vereinigungen evangelischer Akademiker wie in Breslau oder Oppeln in dem sonst überwiegend katholischen Oberschlesien. Akademiearbeit ist also keine Neuerfindung, sondern hat ihre Wurzeln in dieser Zeit.

Allerdings stieß die Arbeit auch an Grenzen. Denn Lehrgänge für Mitglieder der Gemeindekörperschaften, an denen auch Mitglieder des Konsistoriums mitwirken sollten, behielten sich die Generalsuperintendenten vor, ohne jedoch bei ihrer zeitlichen Belastung dazu zu kommen. Wie notwen-

<sup>21)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 164.

<sup>22)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 167.

<sup>23)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 166.

<sup>24)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 166.

dig die Stärkung kirchlichen Wissens und kirchlicher Haltung gewesen wäre, sollte die kommende Zeit des Kirchenkampfes erweisen.<sup>25)</sup>

### *c. Sozialarbeit*

In der Inflationszeit drohte der Verband evangelischer Arbeitnehmer mit seinem Sekretariat der Not der Zeit zu erliegen. Deshalb regte der Preßverband die Bildung eines Sozialen Ausschusses an, dem Vertreter der Kirchenbehörde und Synode, vor allem aber auch der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie der kirchlichen Sozialarbeiterorganisation angehören sollten. Diesem Ausschuß gelang es 1923, das Verbandssekretariat zu retten, ja im folgenden Jahre den Hauptsekretär Schurak als Geschäftsführer dieser Dienststelle im Preßverband anzustellen. Durch ihn wurde auch die Verbindung zu den von der Ev. Sozialen Schule in Berlin-Spandau gegründeten Arbeitersekretariaten hergestellt. 1926 arbeiteten in der Provinz 16 ausgebildete Sekretäre. Noch unter Leitung von Generalsuperintendent D. Nottebohm hatte in Hohenfriedeberg eine Konferenz mit Gewerkschaftssekretären stattgefunden. Der Soziale Ausschuß aber wurde 1925 unter Vorsitz von Generalsuperintendent D. Schian als Einrichtung der Kirchenprovinz offiziell anerkannt. Er stellte daraufhin Pastor Friedrich Forell, einen Schulfreund von Walter Schwarz, der später über Schweden nach USA emigrieren mußte, als ersten Sozialpfarrer (hernach Leiter der Ev. Frauenhilfe) an.<sup>26)</sup>

### *d. Nebenstellen*

Bei der Weite der Kirchenprovinz bewährte es sich, daß nicht alle Arbeit zentralistisch auf die Hauptgeschäftsstelle des Preßverbands in Breslau ausgerichtet wurde, sondern ab 1925 auch Nebengeschäftsstellen im Lande tätig wurden. Sie firmierten als „Ev. Volksdienst“, die eine in Oppeln unter Pastor Holm, später Superintendent, die andere in Waldenburg unter Pastor Zippel, danach Dr. Ihlenfeld sowie Pastor Ehrenforth. Beide gestalteten ihre Arbeit durchaus unterschiedlich und der Eigenart ihrer Bereiche entsprechend. Während der oberschlesische Volksdienst sich im Sinne des Preßverbands vorwiegend auf die Volksbildungsarbeit ausrichtete und hierzu die Schwedenschanze bei Neustadt OS. als Freizeithaus und Begegnungsstätte für evangelische Akademiker in dem überwiegend katholischen Landesteil erwerben konnte, ging die Arbeitsrichtung im Waldenburger Industriebezirk mehr in die Richtung evangelischer Sozialarbeit und Sammlung evangelischer Arbeiter ohne Rücksicht auf eine Parteizugehörigkeit.<sup>27)</sup>

### *e. Initiativen und Wirkungen*

Vom Preßverband ging die Anregung aus, in Verbindung mit anderen evangelischen Organisationen in dem fortschreitenden Jahrzehnt Schlesi-

<sup>25)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 167.

<sup>26)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 168.

<sup>27)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 167.

sche Evangelische Volkstage mit einem umfangreichen und vielseitigen Programm vorzubereiten und dadurch in die Breite zu wirken. Zu ihnen strömten, sei es in Breslau, sei es in Oberschlesien, die Menschen zusammen. Generalsuperintendent D. Schian führte diese Veranstaltungen dann als Schlesische Kirchentage fort.<sup>28)</sup>

Als 1933 die Gefahr einer staatlichen Beschlagnahme der Kirchenbücher auftauchte, regte der Preßverband beim Konsistorialpräsidenten zuvorkommende kirchliche Maßnahmen an. Die kirchliche Archivpflege mußte verbessert werden, um sie vor berechtigten Vorwürfen zu bewahren. Immerhin waren die Kirchenbücher vor der Personenstandsgesetzgebung ja die einzig existierenden Personalurkunden, die dazu noch in der Zeit der Ariernachweise eine besondere Bedeutung gewinnen sollten. Bei Präsident D. Hosemann, der seit 1934 zum Beauftragten für das Kirchenbuchwesen bei der Kanzlei der Deutschen Evangelischen Kirche berufen war und hernach auch die Archivämter leitete, fand das Anliegen ein offenes Ohr. So war es auch der Preßverband, der zum Aufbau eines Centralarchivs und einer Centralbibliothek für die Kirchenprovinz mit Fr. Eva Lindner eine leitende Fachkraft abstellte, deren Übersicht und fachlichem Können die Errichtung dieser vorbildlichen und beispielhaften Einrichtungen zu danken war.<sup>29)</sup>

„Wir hatten gebaut ein stattliches Haus — da kam das Jahr 1933“, schreibt Walter Schwarz im Rückblick auf die Preßverbandstätigkeit ab 1919 in Schlesien.<sup>30)</sup> Ein lebendiger und interessanter Mitarbeiterkreis fand sich trotz allen Wechsels immer wieder zusammen. Ein enger und lebendiger Austausch verband den Provinzialverband mit der Zentrale des EPD in Berlin. Im Lande waren vielfältige Verbindungen auf kulturellen und kulturpolitischen Feldern geknüpft und gewachsen. Bei allem weltanschaulichen Ringen in diesen Jahren fiel nun plötzlich ein Reif auf die weitgespannten und vielfältigen Tätigkeiten des Evangelischen Preßverbands für Schlesien. Als erstes erfolgte die Entfernung des Direktors aus dem Kulturbeirat des Rundfunks. Im Juni 1933 sah sich der Direktor sogar plötzlich vom Dienst beurlaubt.<sup>31)</sup> Für ihn wurde vorübergehend Pfarrer Kliesch, Ohlau, als Bevollmächtigter für den Preßverband einschließlich des Provinzialelternbundes im Auftrag des Staatskommissars für die Preußische Kirche eingesetzt.<sup>32)</sup> Die Nr. 29 von „Unsere Kirche“ wurde wie auch das kirchliche Wochenblatt für Breslau verboten.<sup>33)</sup> Wurden diese Gewaltmaßnahmen auch bald mit dem Ziele, den Konflikt zwischen Staat und Kirche beizulegen, wieder aufgehoben, so waren sie doch

<sup>28)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 164.

<sup>29)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 168; Eva Lindner, Das Evangelische Centralarchiv für die Kirchenprovinz Schlesien 1934-1945, Sonderdruck aus Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für das Archiv- und Bibliothekswesen in der evangelischen Kirche, Bd. 7/1968, S. 271 ff.

<sup>30)</sup> W. Schwarz, Anm. 5, S. 169.

<sup>31)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 169.

<sup>32)</sup> Vgl. Unsere Kirche, Nr. 29/1933 vom 16.7.

<sup>33)</sup> Vgl. Notiz in Unsere Kirche, Nr. 30/1933 vom 23.7.

Vorboten und Anzeichen einer stürmischen Zeit, in der kirchliche Öffentlichkeitsarbeit immer stärkeren Beschränkungen unterworfen werden sollte.

Über die Zeit bis 1933 urteilt Bischof D. Dibelius in einem Brief an den seinerzeitigen Leiter der Kirchenkanzlei der EKD im Frühherbst 1945: „Schwarz ist ohne Zweifel einer der klügsten und tüchtigsten Kräfte, die die Provinz Schlesien gehabt hat. Er hat mit seinem Presseverband ausgezeichnetes geleistet. Ich wüßte keinen provinzialen Presseverband im altpreußischen Gebiet, der eine ähnliche Leistung aufzuweisen hätte. Er hat darüber hinaus die Verbindung mit dem literarischen Schaffen der Zeit gepflegt. Und alles, was er in dieser Beziehung veranstaltete und veröffentlichte, hatte Niveau.“<sup>34)</sup>

Das Geheimnis dieses Erfolges lag nicht zuletzt auch in der glücklichen Verbindung von Leitung und Gewährenlassen in freier, aber verantwortlicher Ausführung durch die, die mit ihm am Werke waren.

In der Folge der politischen Umwälzung und des anschließenden Kirchenkampfes stand das Ringen um die Erhaltung der Arbeit im Vordergrund. Die freie kirchliche Verbandsarbeit traf hinfort auf den Totalanspruch des Staates und der Partei, die die Presse und Bildungsarbeit ebenso wie Einrichtungen der Jugend-, Sozial- und Wohlfahrtsarbeit ihrer Kontrolle unterwarfen und gleichzuschalten versuchten. Selbst die Schriftleitung des Schlesischen Evangelischen Volkskalenders blieb nicht verschont. Die Redaktion des Gemeindeblattes „Unsere Kirche“ wurde zu einem entsagungsvollen Geschäft.<sup>35)</sup> Ein Stück der Arbeit nach dem anderen unterlag Beschränkungen oder ging verloren. So schmolz auch der Kreis der Mitarbeiter zusammen.

Als der Direktor am 1. Juni 1936 als Oberkonsistorialrat in das Ev. Konsistorium der Kirchenprovinz berufen wurde, übergab er die Arbeit seinem bisherigen treuen und verständnisvollen Mitarbeiter Pastor Dr. Friedrich Falk, der — obgleich oft schwerkrank — mit großem Geschick nach immer neuen Aushilfen Ausschau hielt, um den Auftrag unter den gegebenen Beschränkungen weiter zu erfüllen. Der Ausbau mündlicher Informationswege und auch die Unterrichtung von Gemeindegliedern durch Berichte von der Kanzel wurden als zeitgemäße Möglichkeiten genutzt.<sup>36)</sup> 1943 erzwang die Partei die Räumung des Hauses am Schweidnitzer Stadtgraben.<sup>37)</sup> In den Januartagen 1945 wurden die Reste der Arbeit in die allgemeine Katastrophe des schlesischen Landes hineingerissen.

<sup>34)</sup> Maschinendurchschrift im Nachlaß W. Schwarz.

<sup>35)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 169.

<sup>36)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 169.

<sup>37)</sup> Vgl. W. Schwarz, Anm. 5, S. 169 u. Tgb., H. II, S.87.

### 3. Nachspiel in Göttingen

#### a. Mühsame Anfänge

Die kirchliche Öffentlichkeitsarbeit stand 1945 buchstäblich in einem Trümmerfeld. Das galt für die bei Luftangriffen 1943/44 fast völlig zerstörte Zentrale in Berlin, aber auch in übertragenem Sinne. Denn Prof. D. Hinderer, der Nestor dieser Arbeit, fand sich 1945 unter der Ägide des neuen Kirchenregiments als Mann ohne jeden Einfluß wieder. „Wer die 1. Kirchenversammlung 1945 in Treysa miterlebt und die Einsamkeit Hinderers, der auf Veranlassung des Landesbischofs D. Wurm an ihr teilnahm, miterfahren hat, konnte nicht im Zweifel sein, daß die Belastung des Ev. Pr. Verb. f. D. von der nat. soz. Zeit her ein schwerer Schatten für die Zukunft sein würde. Daß das „Ev. Deutschland“ bis zur Katastrophe 1945 erscheinen durfte, schien den Gegnern als das beabsichtigte Ziel des Leiters, dem zuliebe er alle anderen Blätter bedenkenlos geopfert und den Inhalt farblos und charakterlos gehalten habe“ (so OKR Schwarz auf der Mitgliederversammlung des EPD am 9.3.1950).<sup>38)</sup>

Mit den Vertretern der Bekennenden Kirche sah auch Bischof D. Dibelius die Gefahr, „daß die Presse unter dem Druck der Besatzungsmächte gerade in der russischen Zone wieder genau so wird wie Hinderers Presseverband“, als riesengroß an (Brief an Asmussen, Frühherbst 1945). „Das kann gar nicht anders sein. Der Redakteur kämpft um die Existenz seines Blattes und macht daher denen, die ihm sein Blatt jeden Augenblick verbieten können, ohne Gründe angeben zu müssen, jede erdenklichen Konzessionen.“<sup>39)</sup>

Das war ein verbreitetes Vorurteil unter den jetzt einflußreichen Kirchenmännern. Vergessen war, daß Hinderer im Juni 1934 als einer der ersten verhaftet worden war, um liquidiert zu werden. Nur einen Tag vor dem 30. Juni konnte von seinen Mitarbeitern, nicht zuletzt auch dem Direktor des schlesischen Verbandes, unter Mithilfe des damaligen Reichsfinanzministers die Freilassung erreicht werden. Nur wenige wußten davon, daß Hinderer im Reichsverband der Evangelischen Presse einen Damm gebaut hatte, der viele Blätter noch jahrelang geschützt hatte. Der Schein sprach gegen ihn und damit auch die bisherige Arbeit. Wenn auch ein Mann wie Landesbischof D. Wurm die Verantwortung und Tragik dieses Mannes und seiner Aufgabe kannte und zu würdigen wußte, gab es doch andere, die z. T. ohne, z. T. mit genauer Kenntnis Hinderers, darunter auch Bischof D. Dibelius, dann in Treysa rundweg erklärten: Der Ev. Preßverband dürfe nie mehr werden, was er war, oder auch: Der EPD existiere nicht mehr. In Berlin setzte Dibelius einfach einen Treuhänder ein und gründete das Blatt „Die Kirche“ mit Menschen und Einrichtungen des EPD, aber unter dessen völliger Ausschaltung.<sup>40)</sup>

<sup>38)</sup> Bericht vor Mitgliederversammlung des EPD am 9.3.1950, S. 1, handschriftlich im Nachlaß W. Schwarz.

<sup>39)</sup> Maschinendurchschrift im Nachlaß W. Schwarz.

<sup>40)</sup> Vgl. Bericht Mitgliederversammlung des EPD am 9.3.1950, S. 2 f., handschriftlich im Nachlaß W. Schwarz.

Über dem Versuch eines Neubeginns der Arbeit starb Prof. D. Hinderer noch im Jahre 1945.<sup>41)</sup> Welchen Schwierigkeiten er begegnete, zeigte schon die Aufnahme der Werbung für die Elternbundarbeit. Nun aber war die Nachfolgefrage aufgeworfen. Schon in Treysa trug Walter Schwarz, der nach Göttingen verschlagen war, gewisse Bedenken für seine Person: „Nicht mehr jung genug und bei dieser BK-Kirchenleitung auch kirchenpolitisch nicht geeignet.“<sup>42)</sup> Außerdem kannte er das Urteil von D. Dibelius: „Ich sehe keinen Grund, Schwarz das Recht auf eine Arbeit innerhalb der evangelischen Kirche zu bestreiten. Nur will ich ihn hier im Osten unter keinen Umständen wieder an der Spitze eines Pressewesens haben“ (Brief an Asmussen, Spätherbst 1945).<sup>43)</sup> Und noch deutlicher eine Nachricht von Vicepräsident Söhngen am 20.12.1945, zu der Schwarz notiert: „Dibelius lehnt mich als Direktor des EPD kategorisch ab, als hätte er den Posten zu besetzen.“<sup>44)</sup> Daß der Weg nicht leicht sein würde, war dem erfahrenen und gereiften Manne wohl klar. Ein treuer Freund des EPD und Hinderers schrieb ihm noch: „Sie übernehmen ein leckes Schiff.“<sup>45)</sup>

Auf der Mitgliederversammlung des EPD am 16.1.1946 in Bethel brachte der bisherige Vorsitzende des Verbandes Geh. Regierungsrat Dr. Dr. h.c. Konrat Weymann aber Schwarz in Vorschlag.<sup>46)</sup> Er wurde mit den Stimmen auch der nicht anwesenden Mitglieder gewählt. Dies festzuhalten ist nicht unwesentlich, nicht zuletzt wegen einer späteren Bemerkung von Landesbischof D. Lilje, Schwarz hätte es wohl für zu selbstverständlich gehalten, die Arbeit Professor Hinderers fortzuführen.<sup>47)</sup>

Im Jahresbericht 1950 (9.3.) ging der Direktor nochmals auf diese Schwierigkeiten ein: „Wenn ich trotz dieser mir bekannten Tatsachen die Wahl annahm, so deswegen, weil ich damit ein Bekenntnis zur Freiheit des EPD ablegen wollte, seinen Geschäftsführer frei zu wählen. Es waren mir Bestrebungen wohl bekannt, die kirchenregimentliche und kirchenpolitische Einflüsse auf die Besetzung des Postens geltend machen wollten. Ich glaubte, dem Erbe Hinderers schuldig zu sein, diese Freiheit der Ev. Preßverbandsarbeit und der evangelischen Presse überhaupt zu wahren und zu verteidigen. Selbstverständlich habe ich mich damals gefragt, ob es nicht besser ein Anhänger der BK tun könne. Aber ich habe damals — wie auch heute — ein gutes Gewissen über meinen kirchlichen Weg in Schlesien, daß ich gerade in der Wahl eines Mannes, der, wenn er von der Partei und DC immer als Exponent der BK angesehen wurde, doch

<sup>41)</sup> W. Schwarz, August Hinderer, S. 164 ff.

<sup>42)</sup> Tgb., H. V, S. 140.

<sup>43)</sup> Maschinendurchschrift im Nachlaß W. Schwarz.

<sup>44)</sup> Tgb., H. V, S. 157.

<sup>45)</sup> Bericht vor Mitgliederversammlung des EPD am 9.3.1950, S. 1, handschriftlich im Nachlaß W. Schwarz.

<sup>46)</sup> Tgb., H. V, S. 157.

<sup>47)</sup> Bericht vor Mitgliederversammlung des EPD am 9.3.1950, S. 1, handschriftlich im Nachlaß W. Schwarz.

nicht Mitglied der BK war, ein Moment der Freiheit und einen Beweis wahrhaft kirchlichen Handelns sah.“<sup>48)</sup>

Mit seiner Wahl stand Walter Schwarz vor der Aufgabe eines völligen Neuaufbaus von Göttingen aus und das unter den erschwerten Bedingungen in Zeiten des Hungers, der Materialknappheit, der Reisebeschränkungen und der Militärregierungen in den verschiedenen Besatzungszonen. Mit kleinen Schritten begann ein vorsichtiger Ausbau der Göttinger Geschäftsstelle. Finanzprobleme stellten sich vor und nach der Währungsreform. Vom mühsamen Aufbau der EPD-Arbeit zeugt ein Schreiben des Verbandsdirektors vom Februar 1947, mit dem er die Beiratsmitglieder und Freunde unterrichtet und um ihre Meinungsäußerungen bat. „Da wir Sie unter den heutigen Verhältnissen nicht zu einer Sitzung laden können, sind wir auf den schriftlichen Weg gewiesen.“<sup>49)</sup> In der Darstellung erschienen dann neben der Pressearbeit im eigentlichen Sinne die verschiedenen Arbeitszweige früherer EPD-Arbeit von der Buch- und Bildkammer über die volksbildnerische und Schrifttumsarbeit sowie eine ökumenische Abteilung und das Archivwesen bis hin zur volksmusikalischen Arbeit. Neue Wege wurden mit einem Pressekurs in Göttingen im April 1947 und der ersten Filmkonferenz im April 1948 in Salzdetfurth beschritten.<sup>50)</sup>

Vor allem aber legte das Lizenzwesen in den verschiedenen Besatzungszonen dem Wiederaufleben der EPD-Publizistik nahezu unübersteigbare Hindernisse in den Weg. Professor Hinderer hatte noch vor seinem Tode die Lizenzen beantragt, war aber darüber gestorben. Der neue Direktor meinte der Sache am besten zu dienen, wenn er Dr. Focko Lüpsen vom westfälischen Preßverband bat, treuhänderisch für den epd-Nachrichtendienst einzutreten und die beantragte Lizenz zu übernehmen. Gleichzeitig veranlaßte er den Direktor des württembergischen Verbandes, sich um die Lizenz für das „Evangelische Deutschland“ als Blatt für den gesamten EKD-Bereich zu bemühen. Ersteres gelang auch, und der westfälische Verband war stark genug, den Pressedienst stellvertretend für den EPD gesamtkirchlich auszubauen. Letzteres zögerte sich hinaus und stieß auch nicht auf Unterstützung von seiten der EKD und Landesbischof D. Lilje, der nur darauf hinwies, daß sein Sonntagsblatt auch noch nicht lizenziert sei. Als im April der Lizenzierungszwang hinfällig wurde, war es zu spät.<sup>51)</sup> Andere waren bereits auf dem Markt und auch innerkirchlich galt die Loyalität untereinander wenig, sondern schoben sich die konkurrierenden Interessen in den Vordergrund.

Obwohl Walter Schwarz nicht verborgen geblieben war, daß er mit seiner Arbeit an der Evangelischen Kirche in Deutschland kaum Rückhalt finden würde — hatte man ihn doch auch bei der Bildung der Publizistischen

<sup>48)</sup> Bericht wie vor S. 4.

<sup>49)</sup> Hektographierte Mitteilung des EPD, im Nachlaß W. Schwarz.

<sup>50)</sup> Vgl. EPD-Information, 10/1948 vom 15.5.

<sup>51)</sup> Bericht vor Mitgliederversammlung des EPD am 9.3.1950, S. 5-7, handschriftlich im Nachlaß W. Schwarz.

Kammer unter Landesbischof D. Lilje und ihrer Unterausschüsse bewußt übergegangen<sup>52)</sup> — hat er mit nicht aufgehörender Energie die Unternehmungen des EPD weiter vorangetrieben. Ich will nur den Deutschen Verband evangelischer Büchereien und die Göttinger Bibliotheksschule nennen. 1950 trat er dann mit einem ungeschminkten Arbeitsbericht vor die Mitgliederversammlung des EPD (9.3.). Er stellte drei grundsätzliche Fragen:

1. Soll die Preßverbandsarbeit bei aller Gebundenheit an die Kirchenleitungen in Freiheit geschehen?
2. Soll die Arbeit des EPD auf die journalistisch-publizistische Linie zurückgezogen und das Erbe Hinderers — die Erweiterung zur Öffentlichkeitsarbeit — preisgegeben werden?
3. Wollen die Preßverbände, daß der Berichterstatter sein Amt zur Verfügung stellt, einen neuen Geschäftsführer wählen, der ihnen die Bewilligung kirchenamtlicher Mittel und einen leichteren Kurs ermöglicht, oder halten sie an ihm und seinem Kurs fest?<sup>53)</sup>

In Abwesenheit des Direktors erklärten sich die Mitglieder einstimmig für die Fortführung der Arbeit unter seiner Leitung. Schwierig blieben die Finanzfragen, auch wenn sich die Mitglieder 1950 zur Zahlung von monatlichen Beiträgen an die Zentrale bereiterklärten. Über Einkünfte aus einem Objekt, das eigene Erträge erwirtschaftete, verfügte der EPD nicht mehr, nachdem die Entwicklung nach 1945 so divergierend verlaufen war. Es war nicht wie seiner Zeit 1917 gelungen, ein Betriebskapital zu schaffen, das damals aus der Reformationstfestspende zur Verfügung stand. Trotz sparsamster Wirtschaft, wobei der geschäftsführende Direktor kein Gehalt beanspruchte und von 50 %, hernach 75 % seiner Pension als Oberkonsistorialrat lebte, blieben die Finanzen ein wunder Punkt, zumal nicht alle Mitglieder ihre Zusagen erfüllten.

1950 begann aber mit der Wahl von Dekan D. Langenfaß, München, zum 1. Vorsitzenden und Direktor Weeber, Stuttgart, zum 2. Vorsitzenden ein neuer Abschnitt, in dem diese anders als in früheren Zeiten unmittelbar in die Arbeit eingriffen und den Kurs zu bestimmen suchten.<sup>54)</sup>

### *b. Zweigleisiges Auslaufen der Arbeit*

Am Anfang stand die Idee einer Stützungsaktion für den EPD, für die Dr. Hutten, Stuttgart, den Begriff „Gemeinschaftswerk der evangelischen kirchlichen Presse“ ins Spiel gebracht hatte.<sup>55)</sup> Das Aktionsprogramm wurde von den neuen Vorsitzenden alsbald in einer Versammlung in Kassel am 16.2.1951 aufgenommen und trotz aller Widerstände in die Tat

<sup>52)</sup> Maschinendurchschrift eines Berichts über die Pressebestrebungen unter der Militärregierung, Abschn. 6, S. 4-6 und Bericht vor Mitgliederversammlung des EPD am 9.3.1950, S.5/6 (Maschinenschrift) im Nachlaß W. Schwarz.

<sup>53)</sup> Bericht wie vor S. 7.

<sup>54)</sup> Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung des EPD am 9.3.1950, S. 1/2.

<sup>55)</sup> Niederschrift über Versammlung am 6.2.1951 in Kassel, S. 1 u. W. Schwarz, Geschichte des Gemeinschaftswerks (unvollendet), S. 1.

umgesetzt, ohne das Verhältnis zum EPD näher abzuklären. Der ursprüngliche Satzungsentwurf sah noch eine enge Verflechtung zwischen Gemeinschaftswerk und EPD vor und gab als Zweck an: „Zusammenschluß der Preßverbände, Herausgeber und Verleger evangelischer, insbesondere evangelisch kirchlicher Zeitschriften unter Wahrung ihrer Selbständigkeit, um Aufgaben evangelischer Publizistik, die sie als einzelne nicht lösen können, gemeinsam wahrzunehmen.“ So standen im einzelnen Förderung und Beratung der Mitglieder in ihren geistlichen Aufgaben, Ausbildung von Nachwuchs und Fortbildung der tätigen Kräfte sowie Unterstützung aller Bestrebungen zur Wahrung der Freiheit evangelischer kirchlicher Pressearbeit auf dem Programm.<sup>56)</sup>

So gut sich das auf dem Papier anhören mochte, waren in dem geplanten Unternehmen recht unterschiedliche Kräfte am Werke, die das ursprüngliche Ziel des Wiederaufbaus einer geordneten gesamtkirchlichen Öffentlichkeitsarbeit sehr bald aus dem Auge verloren und ihre eigenen divergierenden Interessen verfolgten. Schon bei der Gründung des Gemeinschaftswerkes regten sich die Widerstände. Denn erstens bekämpften die Privatverlage die Möglichkeit, daß Verbände weiterhin verlegerische Aufgaben übernehmen. Zweitens fühlten sich die Vertreter theologischer Zeitschriften und kirchlicher Werke übergangen und protestierten gegen Gängelung und Zentralisierung. Drittens verdächtigten bruderrätliche Kreise der BK das Unternehmen der Restauration, da sie keine alten Leute wünschten, die vielleicht von früher her ihre Verdienste hätten, jetzt aber nicht berufen seien, die neue Ära einzuleiten.<sup>57)</sup>

Die Satzungsverhandlungen und die Gründungsversammlung am 27.6. bzw. 18.7.1951 in Haus Hessenland gestalteten sich entsprechend schwierig. Sie führten auf Grund der großen Nachgiebigkeit des Vorsitzenden D. Langenfaß zu einem von der ursprünglichen Intention abweichenden Ergebnis. Denn diese Versammlung stellten die Weichen in Richtung Trennung vom EPD. Nach einer protokollarischen Notiz durfte dieser vorläufig noch als Überleitung mit seinem Büro in Göttingen als Geschäftsstelle dienen.<sup>58)</sup> Sitz des neuen Unternehmens sollte aber Stuttgart sein, wohl weil man an Eberhard Stammler als neuen Mitarbeiter dachte. Auf der Mitgliederversammlung des EPD am 17.10.1951 in Hannover gab Walter Schwarz als Direktor in aller Offenheit einen Bericht. Im Blick auf die Animositäten gegen die Preßverbände überhaupt, aber auch gegen den EPD im besonderen auf Grund der Erinnerung an Hinderers Reichsverband der evangelischen Presse und angesichts der Vorurteile gegen den Direktor gelangte er zu folgendem Entschluß: „So muß sich der EPD, ohne den das Gemeinschaftswerk z. Zt. nicht existieren könnte, fragen, ob er dieses Werk in den Sattel setzen soll, um eines Tages eine zweite Presseorganisation neben sich zu sehen.“<sup>59)</sup> Denkbar war für ihn nur eine an-

<sup>56)</sup> Vgl. Satzungsentwurf (Maschinenschrift) im Nachlaß W. Schwarz.

<sup>57)</sup> W, Schwarz, Geschichte des Gemeinschaftswerks (unvollendet), S. 1-8.

<sup>58)</sup> Vgl. Protokoll über die Satzungsberatungen des Gemeinschaftswerks am 18.7.1951.

<sup>59)</sup> Bericht vor Mitgliederversammlung des EPD am 17.10.1951 in Hannover, S. 5.

dere Möglichkeit: „Das Gemeinschaftswerk ist, wenn der Berichterstatter seine Bedeutung richtig erkennt, der ständig organisierte Pressetag; dann würde in seinem Namen den evangelischen Preßverbänden eine besondere Bedeutung zukommen. Sie werden mit den Sonntagsblättern die Aufgabe haben, seine stärksten Säulen zu bilden, damit aber auch die Verantwortung dafür tragen, daß nicht etwas Neues zusammenhanglos neben dem Alten, womöglich ohne oder gar gegen den EPD gebildet wird.“<sup>60)</sup>

In einem Brief an D. Langenfaß vom 26.11. 1951 sprach der langjährige Freund von Hinderer und Schwarz, Dekan Plieninger, in ähnlicher Weise die Befürchtung aus, daß die Entwicklung vielleicht mit einer gewissen Zwangsläufigkeit dahin gehen könnte, daß das Gemeinschaftswerk, das ursprünglich doch ein helfendes und stützendes Unternehmen für den EPD sein sollte, mehr und mehr an dessen Stelle tritt, ihn aushöhlt und beiseiteschiebt.<sup>61)</sup> — Das aber ist in der Folge geschehen.

Im Herbst 1952 war es soweit, daß die beiden Vorsitzenden des Gemeinschaftswerkes auf der Mitgliederversammlung am 6.11.1952 in Kassel den Antrag stellten, einen eigenen Geschäftsführer für das Gemeinschaftswerk anzustellen.<sup>62)</sup> So wurde die Geschäftsstelle von Göttingen getrennt und nach Kassel verlegt.

Die Bereinigung der Verhältnisse im EPD erfolgte in einer Vorstands- und Beiratssitzung am 18.12.1952 in Stuttgart. Im Beschluß heißt es lapidar: „Der EPD bleibt bestehen. Sein Sitz ist nach wie vor Berlin. Sein Direktor nach wie vor Oberkonsistorialrat i.R. Schwarz. Ihm verbleibt das Forschungsinstitut für Publizistik, das besondere Unkosten nicht verursachen darf, die Vortrags- und die Schulungsarbeit.“<sup>63)</sup> Danach wurde über die Organe wie die „Information“, „Kirche und Film“, „Die Evangelische Elternschaft“ und deren künftige Schriftleitung Verfügung getroffen.

Die vorsorglichen Kündigungen der Mitarbeiter und Büroräume in Göttingen blieben aufrechterhalten. Die Restschulden in Höhe von 7000 DM sollten saniert werden. Ein nach dem Kriege nicht mehr voll zur Entwicklung gelangtes Werk, an dessen Wiederbelebung Walter Schwarz in den Nachkriegsjahren im Sinne kirchlicher Öffentlichkeitsarbeit so viel gelegen war und wofür er seine ganze Kraft eingesetzt hatte, verfiel damit praktisch der Liquidation.

Der Gründe für das Auslaufen der Arbeit im alten Sinne mag es mehrere geben:

Zum einen wirkte die Verkirchlichung, die während des Kirchenkampfes eine notwendige Schutzmaßnahme für die freie Verbandsarbeit gewesen war, auch unter den veränderten Nachkriegsverhältnissen fort. Die neuen Bischöfe, Präses und Kirchenleitungen sahen in der Presse nunmehr In-

<sup>60)</sup> Bericht wie vor S. 5.

<sup>61)</sup> W. Schwarz, Geschichte des Gemeinschaftswerkes (Unvollendet), S. 41.

<sup>62)</sup> Einladung an die die Mitglieder des GW vom 15.10.1952 im Nachlaß W. Schwarz.

<sup>63)</sup> Protokoll der Vorstandssitzung des EPD am 18.12.1952 in Stuttgart.

strumente, die in ihrer Hand bleiben sollten. Dem kam das Lizenzwesen der Besatzungsmächte entgegen. Die Folge aber war, daß eine freie Entfaltung der Pressearbeit innerkirchlichen Schwierigkeiten begegnete und dazu noch von Lizenzen, Papierzuteilungen u.a. abhängig war.

Des weiteren kamen verstärkt partikulare Tendenzen, gefördert durch die verschiedenen Besatzungszonen, auf, die sich auch kirchlich in der Selbstgenügsamkeit der Landeskirchen niederschlugen. Sie waren so sehr auf Wahrung ihrer Identität und nach Möglichkeit auch Souveränität bedacht, daß sie übergreifenden Zusammenschlüssen durchaus skeptisch gegenüberstanden. Man braucht sich nur der Schwierigkeiten bei Bildung der EKD und der in ihre früheren Gliedkirchen zerfallenden Evangelischen Kirche der Union zu erinnern. Die Folge war jedoch, daß eine überlegte und weitreichende Planung auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit nicht möglich wurde. Die Zusammenfassung der Kräfte unterblieb und der Wildwuchs hatte freie Bahn. Das spiegelte sich auch im Unterbau des EPD wieder, denn die einzelnen Landespreßverbände entwickelten durchaus unterschiedliche Strukturen. Auch ließ ihre Loyalität untereinander und gegenüber dem alten EPD zu wünschen übrig, sobald es um die Wahrnehmung und Behauptung ihrer Eigeninteressen in der Gesamtsituation ging. Die Art und Weise, wie man sich zwar verbal zu Hinderers Konzeption und Werk bekannte, praktisch aber die Zentrale aushungerte, bleibt ein peinlicher Tatbestand der kirchlichen Nachkriegsgeschichte.

Schließlich sind die kirchenpolitischen Vorbehalte und Unterstellungen gegenüber den Persönlichkeiten nicht zu verkennen, die nicht den Weg bestimmter kirchenpolitischer Gruppierungen gegangen waren, sondern durch ihre Erfahrungen und ihr Können die sachliche Kontinuität kirchlicher Arbeit durch alle Umbrüche und allen Verdächtigungen zum Trotz zu wahren suchten. Oberkonsistorialrat Schwarz ist es nicht vergönnt gewesen, das Erbe kirchlicher Öffentlichkeitsarbeit aus der Hindererzeit in den Neuanfang nach 1945 hinüberzuretten. Auf seinem entsagungsvollen Wege sah er sich Vorurteilen, um nicht zu sagen Diffamierungen, ausgesetzt, auch und gerade bei denen, die nun Verantwortung für die Leitung des Kirchenwesens übernommen hatten und meinten, alles neu beginnen zu müssen. Die Vornehmheit seines Wesens verbot es ihm, sein Leiden an den kirchlichen Verhältnissen nach 1945 in der Öffentlichkeit auszubreiten. An seinem 70. Geburtstag aber wurde ihm wenigstens die Genugtuung zuteil, daß die Theologische Universität Heidelberg ihm die theologische Ehrendoktorwürde verlieh und damit seine Arbeit für Kirche und Öffentlichkeit anerkannte und würdigte.

## **II. Verantwortungsträger im kirchenleitenden Amt**

Für ein knappes Jahrzehnt von 1936 bis 1945 in äußerst bewegter Zeit voller Spannungen und Auseinandersetzungen trug Walter Schwarz im Breslauer Konsistorium geistliche Verantwortung. Am 1. Juni 1936 wurde er als theologischer Oberkonsistorialrat in die Behörde berufen. Für diese Tätigkeit brachte er eine fundierte theologische Grundhaltung, umfassen-

de Personal- und Lokalkennntnis der schlesischen Kirche und ausgedehnte Erfahrungen aus Presse- und Volksbildungsarbeit mit.

Zur Zeit seiner Berufung war die kirchliche Situation bereits unübersichtlich und schwierig genug. Die Bekennende Kirche (BK) in Schlesien hatte sich gespalten. An der Frage einer schrift- und bekenntnismäßigen Leitung der Kirche und der Stellung zu den als Leitungsorganen staatlich eingesetzten Kirchausschüssen war es zu Meinungsverschiedenheiten und zum Auseinandergehen in zwei Synoden gekommen. Die Christophori-Synode (benannt nach dem Tagungsort in der Breslauer Kirche) war auf die „geistliche Leitung“ durch Bischof D. Zänker bedacht; die Naumburger Synode (nach ihrem Tagungsort benannt) umfaßte den radikal synodal ausgerichteten Flügel der BK. Im Zeitabstand von 50 Jahren wird man vielleicht rückwirkend fragen können, ob es in einer kirchlichen Notsituation wie 1934/35 notwendig und berechtigt war, die theologische Auseinandersetzung so auf die Spitze zu treiben und mit solcher Unerbittlichkeit zu führen, wie es damals geschehen ist. Die Wunden dieses Kampfes, der nicht frei von persönlichen Schärfen und Verdächtigungen geblieben ist, haben den Zusammenbruch von 1945 noch überdauert und sind nur schwer vernarbt.

Zur Zeit des Eintritts von Walter Schwarz in die Behörde begann nach vorangegangenen Turbulenzen unter Dr. Fürle (DC), der als Dirigent mit der Verwaltung der Präsidialgeschäfte beauftragt war, eine Phase der Konsolidierung. D. Johannes Hosemann, bis 1934 Präsident des Kirchenbundesamtes in Berlin, übernahm am 1.9.1936 als Konsistorialpräsident die Geschäfte. Er war ein Kirchenjurist mit Verständnis für kirchliche Belange und theologische Fragen.

Allerdings war sich Walter Schwarz des Spannungsfeldes bewußt, das er betreten sollte. Denn Kollegiumsbeschlüsse in einer Behörde, wie es die preußischen Konsistorien zunächst unter Vorsitz des Bischofs, ab 1937 des Konsistorialpräsidenten waren, würden auch ihn binden. Erst am 20.3.1939 erging eine Verordnung des Präsidenten des Preußischen Ev. Oberkirchenrats, durch die verantwortliche Entscheidungen dem Konsistorialpräsidenten als Leiter des Konsistoriums übertragen wurden. Diese auf dem Führerprinzip beruhenden Vollmachten erfuhren lediglich durch die Ernennung eines Geistlichen Dirigenten im Breslauer Konsistorium am 8.8.1940 eine Beschränkung, insofern dieser den Präsidenten in allen geistlichen Angelegenheiten zu beraten hatte, dessen Einspruch aber auch Entscheidungen aufschob, die dann an den EOK weiterzuleiten waren. Zum anderen wirkten sich die kirchenpolitischen Spannungen mit ihren unterschiedlichen Antworten auf die Eingriffe von Staat und Partei in die kirchlichen Verhältnisse erschwerend auf den Umgang mit der Behörde aus. Recht und Ordnung schienen nichts mehr zu gelten.

## 1. Im Würgegriff staatlicher Kirchenpolitik

Früh erkannte Walter Schwarz die Gefahren der aufkommenden Entwicklungen. Bereits am 7.5.1931 hatte er auf der Schlesischen Konferenz für Volksmission und Apologetik in Krummhübel einen warnenden Vortrag gehalten: „Welche Bedeutung hat die Spannung zwischen Nationalsozialismus und evangelischem Christentum für die apologetische Wortverkündigung?“<sup>64</sup>) Dieser auch heute noch lesenswerte Vortrag analysierte in seinen ersten drei Teilen sehr klar und kühl das verschwommene Bekenntnis zur Rasse und die widerspruchsvolle Haltung zur christlichen Kirche. Als es 1933 ernst wurde, versuchte er, im Mai Pastoren zu sammeln, um den drohenden Gefahren rechtzeitig zu begegnen. Daraus ist die schlesische Gruppe des Pfarrernotbundes entstanden. Als Preßverbandsdirektor hatte er einen wesentlichen Teil der Vorbereitungen auf die Kirchenwahlen übernommen. Sonst aber meinte er, sich aus grundsätzlicher Erwägung um der Arbeit seines Verbandes für die ganze Kirche willen aus dem kirchenpolitischen Streit heraushalten zu sollen.

Eine nachhaltige Enttäuschung erlebte er im Zusammenhang mit der Zwangsbeurlaubung und anschließenden Emeritierung von Generalsuperintendent D. Dr. Martin Schian (24.6.1933 bzw. 31.12.1933). Mit anderen Amtsbrüdern suchte er den Generalsuperintendenten zum öffentlichen Protest in einem Gottesdienst in St. Maria Magdalena zu Breslau am kommenden Sonntag zu bewegen; leider vergeblich! Die kirchliche Führungsschwäche in dieser Zeit veranlaßte Schwarz, sich künftig zurückzuhalten. „Mit dem Unteroffizierskorps allein ist kein Krieg zu gewinnen. Ich werde nicht mehr eingreifen.“<sup>65</sup>) So soll er damals geäußert haben. Ehrenforth will Resignation heraushören. Doch scheint es mir mehr die Entscheidung für den entsagungsvollen Weg hinhaltenden, zähen Widerstands zu sein. Wenn man angesichts der eindeutig revolutionären Machtverhältnisse für die Kirche retten wollte, was zu retten war, dann schien ihm nicht die absolute Konfrontation das Gebot der Stunde, sondern kluges Reagieren und Handeln auf weite Sicht. „Man wehrt sich gegen einen anstürmenden Stier am besten, indem man ihm ausweicht, bis er ausgetobt hat.“<sup>66</sup>) Das auch dieser Weg nicht ohne Opfer zu haben war, ja der Verkenning und Verdächtigung ausgesetzt sein würde, dessen war sich Walter Schwarz bewußt, als er nicht unbeargöhnt in die so oft geschmähte und vielfach auch verkannte Konsistorialbehörde eintrat.

Seine Tagebuchhefte umfassen leider nur die Jahre 1941 bis 1945. Nur aus diesen Jahren geben sie unmittelbare Einblicke in Beobachtungen und Erwägungen wieder. Sie sind aber von unschätzbarem Wert und bilden mitunter auch ein Korrektiv zur Zeitgeschichtsschreibung, wobei man berücksichtigen sollte, welches Risiko mit Tagebuchnotizen in einem Überwachungs- und Spitzelstaat wie damals verbunden war. Die Anfangs-

<sup>64</sup>) In: Wort und Tat, Heft 3/1931, Hrsg. von der Apostolischen Zentrale Spandau.

<sup>65</sup>) Gerhard Ehrenforth, Die schlesische Kirche im Kirchenkampf 1932-1945, S. 35 f. u. Anm. 24.

<sup>66</sup>) G. Ehrenforth a.a.O., S. 178, Anm. 4.

worte dieser Aufzeichnungen im August 1941 lauten: „Man spürt, wieviel schmaler wieder die Basis der Kirche geworden ist.“<sup>67)</sup> Dies könnte man über die Gesamtentwicklung von Jahr zu Jahr als ständige Charakterisierung schreiben.

Denn nach dem Scheitern der anfänglichen Gleichschaltungspolitik des Regimes hieß die Devise nationalsozialistischer Kirchenpolitik durchgängig „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens“. Schritt für Schritt suchte man, den kirchlichen Einfluß aus dem öffentlichen und gesellschaftlichen Leben zu verdrängen. Hernach verengten die kriegsbedingten Bewirtschaftungs- und Zwangsmaßnahmen den Spielraum immer mehr. Sie konnten die Kirchengemeinden und das kirchliche Verbandswesen nicht unberührt lassen. Waren schon vordem die Jugendverbände und Jugendarbeit weithin ein Opfer der politischen Gleichschaltung geworden, so folgten bald Eingriffe auf sozial- und kulturpolitischem Feld. Die freien kirchlichen Verbände mußten nach und nach den schützenden Schirm der Kirche als Körperschaft öffentlichen Rechts in Anspruch nehmen, um ihre Arbeitsfelder nach Möglichkeit zu erhalten. Freilich konnte auch dies nicht in allen Fällen helfen. Denn nationalsozialistischer Kirchenpolitik schwebte als Endziel wohl eine Kirche als privater Verein vor, wie das im Warthegau, aber auch in den 1939 wieder an das Reich gefallen Gebieten vorexerziert werden sollte.

Gewiß gab es in der Kirchenpolitik von Partei und Staat auch widersprüchliche Phasen und vor allem unklare Zuständigkeiten; sie glich bisweilen mehr einem Verwirrspiel als zielstrebigem politischer Planung. Vor Ort und in den Gemeinden konnten Ortsgruppenleiter und vielfach auch Lehrer eine Politik der ständigen Nadelstiche betreiben und sich auch rechtliche Übergriffe leisten, ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden. Die Kirchengemeindenpropaganda durch Parteistellen griff immer weiter um sich. Schritt für Schritt verstärkten sich die Beschränkungen.

Mal war es das Verbot kirchlicher Veranstaltungen in den Schulen durch Erlaß des Reichssicherheitshauptamtes vom 3.12.1940, wodurch das Gemeindeleben außerhalb der Kirchdörfer stillgelegt werden sollte.<sup>68)</sup> Mal war es die Übernahme kirchlicher Kindergärten im Jahre 1941 durch die NSV (Nat. Soz. Volkswohlfahrt), weil die Regierungspräsidenten ihre Genehmigung zurückzogen.<sup>69)</sup> Mal war es das Verbot für Pastoren, religiöses Schrifttum an die im Felde stehenden Gemeindeglieder zu versenden oder Schriften in der Gemeinde zu verteilen.<sup>70)</sup> Mal legte die Reichsschrifttumskammer durch Erlaß wegen der Kriegswirtschaft 690 evangelische Zeitschriften still, darunter alle Gemeindeblätter und Sonntagsblätter; nur etwa 25 Blätter für „Funktionäre“, Pfarrer und Kirchenälteste, blieben zunächst, aber die deutschgläubige Presse existierte weiter.<sup>71)</sup>

<sup>67)</sup> Vgl. W. Schwarz, Tagebuch 1941-1945, Heft I, S. 1, (hinfort Tgb.).

<sup>68)</sup> Tgb., H. I, S. 8.

<sup>69)</sup> Tgb., H. I, S. 1 u. 15.

<sup>70)</sup> Tgb., H. I, S. 2.

<sup>71)</sup> Tgb., H. I, S. 8.

Hinzu kamen Vorladungen wegen unvorsichtiger Äußerungen, Anzeigen bei der Geheimen Staatspolizei, Schwierigkeiten mit Kollektensammlungen, Vorstöße wegen Enteignung kirchlicher Friedhöfe, Beschlagnahmung kirchlicher Gebäude und Anstalten zur Unterbringung Ausgebombter aus Westdeutschland oder zu Lazarettzwecken.

Die Reihe staatlicher Maßnahmen ließe sich beliebig verlängern. Meistens war die Behörde gefordert, um durch Verhandlungen manches Unheil abzuwenden oder vorausschauend Schutzmaßnahmen zu veranlassen, oft nicht durch schriftliche Bekanntmachungen, sondern durch mündliche Weisungen, um nicht schlafende Hunde zu wecken. Große Mühe machte die Versorgung der Gemeinden mit Pastoren. Die zunehmenden Kriegsverluste bereiteten dem Geistlichen Dirigenten schwere Sorgen. Daß das kirchliche Leben in den Gemeinden trotz aller Erschwerungen und Eingriffe noch immer nicht zum Erliegen kam, sondern der Gottesdienstbesuch bei der Schwere der Zeit an manchen Orten sogar zunahm, konnte Walter Schwarz bei vielen Gemeindebesuchen und Gottesdiensten im Lande erfahren.

Nicht zu verkennen war aber, daß auch die kirchliche Behörde allmählich an öffentlichem Einfluß verlor. Für viele Behörden war die Kirche keine Größe mehr, auf die man noch Rücksicht zu nehmen brauchte. Das Gegenüber der alten preußischen Verwaltung war nicht mehr gegeben, damit auch kaum noch die Möglichkeit auf den Ämtern mit Beschwerden Gehör zu finden.<sup>72)</sup> So blieben auch Einsprüche und Eingaben des Konsistoriums oft ohne Antwort oder sie wurden abschlägig beschieden.

Am 17. Oktober 1941 registrierte Walter Schwarz: „Pfarrer und ihre Angehörigen werden zu Staatsbürgern II. Kl. gemacht:

1. sie dürfen nicht in die Partei aufgenommen werden;
2. sie dürfen nicht im Schulbeirat sitzen;
3. sie dürfen im Reichskriegerbund kein Amt führen;
4. ihre Frauen dürfen nicht unterrichten (auch nicht bei Kriegsvvertretungen);
5. die Pg. Geistlichen dürfen kein Amt in der Partei haben;
6. stud. theol. sind von jedem Stipendium ausgeschlossen.

Die Analogien sind einleuchtend. Es gibt Leute, die uns mit dem Kreuzeszeichen (wie die Juden mit dem Judenstern) gekennzeichnet sehen als Staatsfeinde.“<sup>73)</sup>

Heikle politische Probleme auch für die Kirchenprovinz entstanden durch die Angliederung der Unierten Ev. Kirche Ostoberschlesiens sowie des Teschener Kirchengebiets an die Evangelische Kirche der Altpreußischen Union und ihre verwaltungsmäßige Unterstellung unter das Breslauer Konsistorium im Sommer 1940. Walter Schwarz, dem die oberschlesischen Verhältnisse nicht unbekannt waren, erkannte bei den staatlichen Maßnahmen sofort zwei Problemkreise, die bis zum Ende brennend blieben:

<sup>72)</sup> Vgl. Tgb., H. I, S. 6.

<sup>73)</sup> Tgb., H. I, S. 41 f.

1. die Finanzfragen durch die Beitragsordnung,
2. die Sprachenfrage.

Im Blick auf die Ermächtigung der Oberpräsidenten in Kattowitz und Königsberg durch Verordnung des Reichsinnenministers vom 22.11.1941 zur Regelung der Kirchensteuer in den zu den eingegliederten Ostgebieten gehörenden Teilen notierte er:

1. Die erste Nachricht der Presse über die Kirche im Handelsteil (Schles. Ztg. vom 4.1.1942 A Nr. 4)!
  2. Durch das Gesetzblatt erfährt die Kirchenleitung von den bereits zum 1.1.1942 in Kraft getretenen Bestimmungen.
  3. Ein Vakuum zwischen 1.1. und 1.4.1942, zu dem die neue Beitragsordnung in Kraft treten kann, nach erfolgter Genehmigung.
  4. Eine Zerteilung der einheitlichen Kirchenprovinz nach zwei Prinzipien: hier Beitrag, dort Steuer. Wir müssen in Kattowitz eine Zweigstelle errichten und die Kirchenkreise Kattowitz und Teschen besonders etatisieren!
  5. Das Ostgebiet (soweit ins Reich eingegliedert) scheint, trotzdem es verwaltungsmäßig zu verschiedenen Provinzen gehört, eine Einheit werden zu sollen, wobei auch die vor 1918 zu Preußen gehörigen Teile wie Ostoberschlesien und Posen, die zum Reich zurückzukehren glaubten, vom Altreich erneut gerissen und nach Osten orientiert werden.
  6. Nicht einmal die Provinz OS. ist einheitlich; ebenso wenig der Kirchenkreis Beuthen, zu dem Tarnowitz und Lublinitz mit Ludwigsthal (wie vor 1918) gehören, die jetzt die Beitragsordnung annehmen müssen.
  7. Auch die Patronatslasten sind mit einem Federstrich zum 1.1.1942 aufgehoben; ohne Entschädigung! Ohne daß auch die Rechte aufgehoben sind (vermutlich vorwiegend auf die kommunalen Patronate bezogen)“.
- Endresumee: „Die Kirche als bloßes Objekt staatlichen Handelns!“<sup>74)</sup>

Trotz allem bereitete die ostoberschlesische Kattowitzer Kirche bis auf die Beitragsfrage im ganzen weniger Probleme als die Teschener Kirche. Hier war im Sommer 1940 der von den Polen bei der Besetzung des Olsa-Gebiets 1938 vertriebene Pastor Paul Zahradnik als Superintendent des neugebildeten Kirchenkreises Teschen-Bielitz eingeführt worden.

Teile dieses Kirchenkreises hatten früher zur Ev. Augsburgischen Kirche Polens, andere Teile zur Deutschen Evang. Kirche in Böhmen, Mähren und Schlesien bzw. dem Seniorat der Evang. Augsburgischen Kirche in Ostschlesien in der Tschechoslowakei gehört. Die Beitrags- wie die Sprachenfrage entwickelten sich hier zu einem unentwirrbaren Knäuel, das endlose Verhandlungen mit immer neuen Verdächtigungen heraufbeschwor. Politische Fehler schlugen auf das kirchliche Leben in erschreckender Weise zurück.

Unter dem 20./21.6.1942 notierte Walter Schwarz: „Man kommt immer wie ein geprägelter Hund aus dem Teschener Land zurück. Mein Herz hängt an ihm, diesem schönen Land mit den stattlichen Menschen. Wie-

<sup>74)</sup> Tgb., H. II, S. 20.

viel Vertrauen, wieviel Autorität dort der Natsoz. verspielt hat. Sie waren mit Begeisterung zum Deutschen Reich gekommen, die Mehrzahl der Schlonsaken; heute sind sie verbittert, enttäuscht, ratlos. Die Korruption ist größer als je im polnischen und tschechischen Staat. Daher ist aber auch die Unsicherheit groß: kann das Bestand haben?<sup>75)</sup> Die Verdrängung der schlonsakischen Sprache aus dem kirchlichen und gottesdienstlichen Leben, die Ungerechtigkeiten mit der Aufnahme in die deutschen Volkslisten und die Wegnahme von Vieh weit unter Preis führten jenseits der kirchlichen Einflußmöglichkeiten zu gedrückter, ja zu feindseliger Stimmung“. Am 14.3.1942 hieß es schon: „Unsere Eingabe betr. schlons. Sprache bei Beichte, Sakramentsfeiern vom O(ber)P(räsidenten) schroff abgelehnt. Das ist der Todesstoß gegen die Teschener Kirche und politisch eine nicht gut zu machende Torheit. Wo soll das hin?“<sup>76)</sup> Superintendent Zahradnik spielte mit dem Gedanken der Trennung von der schlesischen Kirche und hoffte, bei politischen Stellen mehr zu erreichen als das Konsistorium. Trotz Einschaltung des Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin sind diese Probleme nicht mehr zur vollen Klärung gelangt.<sup>77)</sup>

## 2. In kirchlicher Verantwortung im Konsistorium

Das Konsistorium war zwischen die Fronten geraten. Auf der einen Seite unterstand es dem Preußischen Ev. Oberkirchenrat (EOK) in Berlin, dessen Präsident Dr. Friedrich Werner mit allen Vollmachten ausgestattet war. Auf der anderen Seite sah es sich den kirchlichen Gruppen und einer breiten Mitte gegenüber, die die Dinge kaum überschaute oder sich auch bewußt zurückhielt. Die stärkste Herausforderung ging von der Naumburger Synode der BK aus, die auf Grund der Dahlemer Bekenntnissynode 1934 das kirchliche Notrecht proklamiert hatte und selbst die Kirchenleitung für sich beanspruchte. Der Bruderrat erteilte sowohl dem amtierenden Bischof D. Zänker eine kompromißlose Absage als auch dem Breslauer Konsistorium, mit dem er jede Zusammenarbeit ablehnte. Einer „staatlichen Behörde“ stehe keine Kirchenleitung zu, war ihr Hauptargument. Die Christophorissynode dagegen unterstellte sich vor allem der geistlichen Leitung des Bischofs, die ihm vordem klugerweise auch der staatlich eingesetzte Provinzialkirchenausschuß überlassen hatte. Sie versuchte, die Stellung des Bischofs auch gegenüber dem EOK zu stützen und war zur bedingten Zusammenarbeit mit dem Konsistorium bereit. Die mittlere Gruppe „Einheit und Aufbau“ vertrat eine vermittelnde volkscirchliche Position, jedoch ohne die sogenannten Neutralen, die sich zum größten Teil nicht organisierten, in größerem Umfang zu erfassen. Schließlich standen die damals schon zusammengeschmolzenen Deutschen Christen in Opposition zu Bischof und Behörde.<sup>78)</sup> Eine Folge des zur Befriedung

<sup>75)</sup> Tgb., H. II, S. 20 f.

<sup>76)</sup> Tgb., H. I, S. 128

<sup>77)</sup> Tgb., H. I, S. 19-24, 54 f.; H. II, S. 113, 115 f.; H. III, S. 114 f., S. 131-133; H. IV, S. 9.

<sup>78)</sup> Vgl. G. Ehrenforth a.a.O., S. 61 ff., S. 73 ff.

eingesetzten und in dieser Richtung arbeitenden Provinzialkirchenausschusses war unter anderem auch die gewesen, daß die deutsch-christlichen Mitglieder des Konsistoriums inzwischen ausgeschieden waren.<sup>79)</sup> Insofern kam die Opposition im wesentlichen nur noch von den beiden äußersten Flügeln.

Aus der Proklamtion des Notkirchenregiments durch den Naumburger Flügel der BK ergaben sich zwei Konfliktfelder: Das Gebiet der theologischen Prüfungen und die geistliche Leitung der Kirche.

Die Inanspruchnahme des Prüfungsrechts verwickelte auch Bischof D. Zänker in die Auseinandersetzungen. Der Bischof war als einziger der Provinzialbischöfe in Preußen nicht neu vom Regime eingesetzt, sondern hatte sein Amt als Generalsuperintendent seit 1925 inne. Die Versuche zu seiner Entmachtung durch den Reichsbischof Ende 1934 waren gescheitert, weil sich die Pastorenschaft mit überwältigender Mehrheit hinter ihn gestellt hatte.<sup>80)</sup> Nun aber wurde das Feld der theologischen Prüfungen und das Ringen um den theologischen Nachwuchs zur ständigen Reibungsfläche nicht nur zwischen Bischof und den Naumburgern, sondern auch zwischen Bischof und dem EOK in Berlin, zumal die Frage der Beteiligung der staatlichen Fakultäten hierbei eine Rolle spielte. Eine vorübergehende Beurlaubung des Bischofs durch den Reichskirchenminister im Jahre 1935 konnte nur mühsam durch einen Kompromiß behoben werden, indem die Zusammensetzung der Prüfungskommission geändert wurde. Der Konflikt mit dem EOK entzündete sich erneut, als Bischof D. Zänker Kandidaten der Deutschen Christen die Ordination verweigerte, der EOK diese aber durch andere vollziehen ließ. Schließlich bildete der EOK durch Verordnung vom 21. Februar 1938 selbst ein „Theologisches Ausbildungs- und Prüfungsamt“, dem es zukam, auch die Prüfungskommissionen der einzelnen Kirchenprovinzen zusammenzustellen und zu berufen. Das führte dazu, daß es auf dem Höhepunkt der Eskalation 1938/39 drei miteinander konkurrierende Prüfungskommissionen gab, im Grunde ein unhaltbarer Zustand! Neben der konsistorialen Kommission, die auf Weisung des EOK unter dem Vorsitz von Oberkonsistorialrat Schwarz stand und an der auch die Fakultät beteiligt war, die bischöfliche unter Ausschluß von DC-Prüfern und die bruderrätliche ohne Mitwirkung von Bischof, Konsistorium und Fakultät.<sup>81)</sup>

Präsident Dr. Werner vom EOK in Berlin suchte die Entscheidung gegen den Bischof jedoch nicht auf dem Felde der theologischen Prüfungen. Nach Auflösung einer Superintendentenversammlung in Breslau wegen angeblicher „staatsabträglicher Äußerungen“ des Bischofs sprach er dessen einstweilige Beurlaubung am 24.3.1939 aus, um die „gestörte Ruhe“

<sup>79)</sup> Vgl. W. Schwarz, Die Ev. Theol. Fakultät der Universität Breslau und das Konsistorium; in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, Bd. 1, 1955, S. 53.

<sup>80)</sup> Vgl. G. Ehrenforth a.a.O. S. 57; Ernst Hornig: Die Bekennende Kirche in Schlesien 1933-1945 — Geschichte und Dokumente, S. 13 f.

<sup>81)</sup> Vgl. G. Ehrenforth a.a.O., S. 145-154 und E. Hornig a.a.O., S. 28 ff.

in Schlesien wiederherzustellen. Alle Proteste und Einsprüche blieben vergeblich. Die Zwangspensionierung folgte zum 30.11.1941.<sup>82)</sup> Die Prüfungsprobleme waren damit aber noch keineswegs gelöst. Zwar war es dem Präsidenten des EOK gelungen, den ihm nicht willfährigen Bischof auszuschalten. Aber die Auseinandersetzungen zwischen Konsistorium und radikalem Naumburger Flügel der BK hielten an. Der Zwiespalt der Prüfungskommissionen brachte nicht nur die Kandidaten in Gewissenskonflikte und überforderte sie auch weithin, sondern war letztlich Zeichen des Ringens um die Leitung der Kirche.

Damit sind wir zum zweiten Konfliktfeld gelangt. Auch das Konsistorium leitete seine Rechte nicht aus dem Umbruch von 1933 her. Kein Mitglied des Konsistoriums gehörte mehr den Deutschen Christen an. Dazu hatte ein kirchlich eingestellter Präsident die Leitung übernommen. Man konnte also nicht mehr so ohne weiteres die Behauptung einer unkirchlichen, bekenntniswidrigen staatskirchlichen Behörde aufstellen und aufrechterhalten, wie das vielfach geschehen war.

Ihm gegenüber nahm nun der Bruderrat der Naumburger BK auf Grund des verkündeten Notrechts den Anspruch auf Kirchenleitung auf und versuchte, ihn durchzusetzen. Er veranstaltete nicht nur theologische Prüfungen, die das Konsistorium aber als illegal ansah, sondern besetzte auch Pfarrstellen in Bekenntnisgemeinden und veranstaltete Visitationen. Zu allem ließ er sich durch Bekenntnissynoden ermächtigen.

Oberkonsistorialrat Schwarz als Stellvertreter des Bischofs und später Geistlicher Dirigent mußte in der verworrenen Situation vor Kriegsbeginn darauf sehen, das Nebenkirchenregiment in die Schranken zu weisen und alle zur Zusammenarbeit bereiten Kräfte zusammenzuführen. Das hat er in unendlich vielen Besprechungen und unter Hinzuziehung von Vertretern der unterschiedlichsten Gruppen versucht. Der Gedanke der Bildung eines Provinzialkirchlichen Beirats schwebte ihm dabei vor. Dem galten seine unermüdlichen Bestrebungen im Jahre 1941/42 auf den Superintendentenkonventen. „Dabei müssen wir aus der Isolation der Behörde hinaus auf das freie Meer“, notierte er am 26.5.1942. „Zwei Ausschüsse für kirchliche Lebensordnung und für Fragen des Pfarrnachwuchses wurden gebildet.“<sup>83)</sup>

Diese Bemühungen kreuzten sich mit der Einigungsaktion von Landesbischof D. Wurm, der sich im Dezember 1941 mit einem offenen Brief an die gesamte Pfarrerschaft Deutschlands gewendet hatte, um den Zustand der kirchlichen Zerrissenheit und Ohnmacht zu beenden. Auch in Schle-

<sup>82)</sup> Vgl. G. Ehrenforth a.a.O., S. 251 ff.; E. Hornig a.a.O., Dokumente Nr. 89 u. 90, S. 251-264, und Dok. 97, S. 289-293; auch Kurt Meier, Der Evangelische Kirchenkampf, Bd. 3, S. 397; Tgb., H. I, S. 5: „Seit dem Mai ist er (Bischof D. Zänker) beurlaubt gewesen. Eine unwürdige, die Schwäche der Kirche, die Charakterlosigkeit des Ev. OKR, dunkle Intriguen offenbarende Angelegenheit; aber keine Entschuldigung für Unklarheit, die die Dinge nicht sieht, wie sie sind, und völliger Mangel an Linie.“ Auch Wilhelm Rahe, Bischof Otto Zänker, 1967, S. 94 ff.

<sup>83)</sup> Tgb., H. II, S. 11.

sien fand er Widerhall bei Teilen der Pfarrerschaft, so daß sich ein sogen. „Wurm-Ausschuß“ bildete.

Er drohte, die Bemühungen von Oberkonsistorialrat Schwarz und seine konkreten Versuche wieder in Frage zu stellen.<sup>84)</sup> Dabei bleibt festzuhalten, wie Walter Schwarz den Streit der Gruppeninteressen und jeweiligen Gruppentaktik dadurch zu überwinden trachtete, daß er konkrete, zukunftsweisende Arbeitsziele steckte. Hierin sah er mehr Nutzen als im kirchenpolitischen Tagesstreit.

Er selbst war in diesen Jahren rastlos in der Kirchenprovinz zu Superintendentenkonventen, Kirchenältestentagungen, Kirchenjubiläen — viele der friderizianischen Bethauskirchen feierten ihr 200jähriges Bestehen — und Beratungen unterwegs. Hinzu kamen die kirchlichen Ostkonferenzen, — anfangs mißtrauisch vom EOK beobachtet —, die Konferenzen im Berliner EOK, dazu die Schreibtischarbeit im Konsistorium selbst, die immer schwieriger werdende Besetzung der Pfarrstellen und die Berufung neuer Superintendenten und nicht zuletzt die Unzahl der Besuche auch von vielen Pastoren, die im Felde standen und auf Heimaturlaub kamen. Schwer lasteten die Verluste des Pfarrerstandes auf ihm. Notiz am 20.5.1944: „96 gefallen, 28 vermißt im Osten“.<sup>85)</sup> Bischof D. Dibelius schrieb über ihn im Herbst 1945 an den Leiter der Kirchenkanzlei der EKD, Pastor D. Asmussen: „Dann hat man ihn zum geistlichen Dirigenten des Konsistoriums gemacht, was eine der klügsten Berufungen der damaligen Kirchenleitung war. Vor allen Dingen hat er sich — wenn er sich auf seinen Standpunkt stellte — mit Recht immer dagegen gewehrt, so etwas wie ein Nebenkirchenregiment durch die Naumburger gelten zu lassen. Eine Kirchenprovinz — das hat er immer erklärt — könne nur eine kirchliche und geistliche Leitung haben. Innerhalb dieser Schranken hat er sehr ordentlich gearbeitet und sich um die geistliche Ausrichtung der schlesischen Pfarrerschaft und um die Überwindung der bestehenden Gegensätze erfolgreich bemüht“.<sup>86)</sup>

Auf dem Gebiet der theologischen Prüfungen setzte sich jedenfalls das Konsistorium mit OKR Schwarz vom Jahre 1939 an durch. Die Zahl der BK-Kandidaten schmolz immer mehr zusammen und eine ganze Reihe legalisierte die illegalen Prüfungen durch die Ablegung eines Kolloquiums im Konsistorium. Von ORK Schwarz zur sachlichen Mitarbeit im Provinzialkirchlichen Beirat aufgefordert, entzog sich aber der Bruderrat, da er darauf bestand, allein rechte Kirche zu sein. In Schwarz sah er einen Mann der Kirchenbehörde und damit der Verwaltung, dem keine geistliche Leitung zukomme.

Trotzdem konnte der Bruderrat den Geistlichen Dirigenten nicht einer unbiblischen und mit dem kirchlichen Bekenntnis nicht übereinstimmenden Theologie bezichtigen. Auch Ehrenforth gelang in seiner Arbeit über den

<sup>84)</sup> Vgl. G. Ehrenforth a.a.O., S. 18 ff.; Tgb., H. II, S. 24 ff.

<sup>85)</sup> Tgb., H. III, S. 149

<sup>86)</sup> Maschinendurchschrift im Nachlaß W. Schwarz.

Kirchenkampf in Schlesien zu einem Urteil, das an dieser Stelle wiedergegeben werden soll: „Dabei muß offen gesagt werden, daß Schwarz nicht nur seinen deutsch-christlichen, sondern auch seinen Gegnern in der BK sowohl nach seiner theologischen Qualität als auch im Charisma der Kirchenleitung ebenbürtig wenn nicht überlegen war. Es war letztlich doch nicht möglich, zu der geistlichen Arbeit, die dieser Mann vor allem von 1941 an in der Behörde anregend, aufbauend und leitend in Angriff nahm, rundweg nein zu sagen, ohne sich damit ins Unrecht zu setzen. Es war auch nicht angängig zu behaupten, daß eine schriftgemäße kirchliche Arbeit nur innerhalb der BK getan werden konnte.“<sup>87)</sup>

In gewisser Weise damit übereinstimmend, fährt Bischof Dibelius im zitierten Brief an Asmussen fort: „Gerade weil er (Schwarz) von allen geistlichen Dirigenten aus der Aera Hymmen der geschickteste und tüchtigste war, haben sich die Naumburger mit besonderer Schärfe gegen ihn gewandt. Damit waren sie sachlich-kirchlich absolut im Recht — nur daß sie Schwarz eben keinen ebenbürtigen Gegenspieler entgegensustellen hatten.“<sup>88)</sup>

Keine Frage auch, daß das konsequente Handeln des Konsistoriums gleichsam naturgemäß die Gegnerschaft der Naumburger gegen das Konsistorium im allgemeinen und gegen OKR Schwarz im besonderen begründete. „Das Konsistorium behielt (jedoch) seine Bedeutung auch in der Folgezeit nicht nur durch die Stützung, die es durch den EOK in Berlin erfuhr, sondern konnte auch die Tatsache für sich verbuchen, daß die Hälfte der Pfarrerschaft in Schlesien eine neutrale, der kirchlichen Behörde gegenüber in allen Stücken loyale Haltung einnahm. Dem geistlichen Oberkonsistorialrat Walter Schwarz kam dabei immer stärkere Bedeutung zu. Sein vom kirchlichen Wollen bestimmter Kurs versuchte, die verbliebene Integrationskraft der Kirchenbehörde für den volkswirtschaftlichen Zusammenhalt der Provinzialkirche zu nutzen“. So sieht Kurt Meier in seiner ausführlichen Darstellung „Der Evangelische Kirchenkampf“ das konsistoriale Wirken in diesen schweren Jahren.<sup>89)</sup>

### 3. Über den Tag hinaus

Oberkonsistorialrat Schwarz war der Überzeugung, daß man Ziele jenseits des kirchenpolitischen Tagesstreits setzen müsse und sich nicht im Hin und Her des kirchenpolitischen Alltags erschöpfen dürfe. Daher machte er bald nach seinem Eintritt ins Breslauer Konsistorium 1936 den Versuch einer Institutsgründung. Gemeinsam mit Bischof D. Zänker rief er zur tätigen Förderung und regen Teilnahme an den Arbeiten des nach dem Breslauer Reformator benannten Johann-Heß-Instituts auf. Sein Ziel war, „die kirchengeschichtliche Forschung im Bereich der schlesischen Heimat zu fördern“, wie es im Aufruf heißt, nicht zuletzt im Blick auf

<sup>87)</sup> G. Ehrenforth a.a.O., S. 175 f.

<sup>88)</sup> Maschinendurchschrift im Nachlaß W. Schwarz.

<sup>89)</sup> K. Meier a.a.O., Bd. 2, S. 210.

Praxis und Wissenschaft und auch unmittelbar im Geschichts- und Religionsunterricht.<sup>90)</sup> Der Bischof war Vorsitzender des Kuratoriums, Oberkonsistorialrat Schwarz Leiter des Instituts und Herausgeber der Veröffentlichungen. Zwei Buchreihen waren geplant:

1. Quellen zur Schlesischen Kirchengeschichte, die mit dem 1. Band „Schlesische Kirchen- und Schulordnungen von der Reformation bis ins 18. Jahrhundert“ eröffnet wurden (1938).

2. Beiträge zur Schlesischen Kirchengeschichte, in der Arbeiten über bestimmte Persönlichkeiten wie z.B. „Johannes Neunherz, Liederdichter und Prediger an der Hirschberger Gnadenkirche“, von Karl Brinkel oder „Die politische Predigt von Friedrich dem Großen bis zum Freiheitskriege“ von Dr. Hans Krause vorgesehen waren.

In der Quellenreihe erschien noch 1941 ein weiterer Band „Bittgesuche evangelischer Schlesier an Friedrich den Großen“, herausgegeben von Reinhold Schaefer, eine wahre Fundgrube für die Zeit nach der Gegenreformation.<sup>91)</sup> Auf der Basis des von Walter Schwarz begründeten und vom Konsistorium geförderten Evangelischen Centralarchivs für die Kirchenprovinz Schlesien<sup>92)</sup> und der seit 1936 durchgeführten Bestandsaufnahme der kirchlichen Archivalien in Schlesien wurden solche Arbeiten möglich, die Perspektiven für die Zukunft eröffnen konnten, auch wenn die Gegenwart vielleicht anderes in den Vordergrund schob. Später gab es noch Gespräche über die Abgrenzung zwischen dem Verein für Schlesische Kirchengeschichte, in dem Generalsuperintendent D. Schian während des Krieges noch den Vorsitz führte, und dem Johann-Heß-Institut, da die Arbeit im Rahmen eines Vereins immer schwieriger wurde und man nach Aushilfen suchen mußte.<sup>93)</sup>

Eine andere Institutsgründung war die des Valentin-Trozendorf-Instituts, die sich aus der religionspädagogischen Fragestellung ergab. Eine Abteilung dieses Instituts wurde das am 1. Juli 1941 neugegründete Katechetische Amt und das Amt für Gemeindefrauen, dessen Leitung Frau Angelika Steinbrück, die bisher Geschäftsführerin des Provinzialverbands der Inneren Mission gewesen war, übernahm.<sup>94)</sup> Auch wenn die Naumburger Synode der Auffassung war, dem Evangelischen Konsistorium das Recht auf Ausbildung von Laienkräften grundsätzlich, weil Sache der geistlichen Leitung, absprechen zu müssen, wird man doch fragen dürfen, ob man in der Weise zwischen Verwaltung und geistlicher Leitung einen Trennungstrich ziehen darf, wie es hier immer wieder geschehen ist<sup>95)</sup>.

Frau Angelika Steinbrück jedenfalls fand im Bericht über ihre Arbeit

<sup>90)</sup> Vgl. gedruckter Aufruf im Nachlaß W. Schwarz.

<sup>91)</sup> Vgl. Jahrbuch für schlesische Kirche und Kirchengeschichte, 1954, S. 64 ff.

<sup>92)</sup> Vgl. Anm. 29; W. Schwarz, Kirchliches Archiv- und Bibliothekswesen, in: Deutsches Pfarrerbblatt, 1939, 49-50.

<sup>93)</sup> Tgb., H. I, S. 65.

<sup>94)</sup> Vgl. Angelika Steinbrück, Der schlesische Provinzialverein für Innere Mission, S. 225, in: G. Hultsch (Hrsg.): S. 225: Das evangelische Schlesien, Bd. IV, Das Diakonische Werk.

<sup>95)</sup> Vgl. G. Ehrenforth a.a.O., S. 167 f.

durchaus anerkennende Worte für einen Teil des Konsistoriums. „Ein Dank ... gebührt vor allen Dingen dem geistlichen Dirigenten Oberkonsistorialrat Schwarz, der immer ein offenes Ohr für die Sorgen der I.M. und immer ein williges Herz zum Helfen hatte, der bei aller Zurückhaltung, die in seinem Wesen begründet lag, bei allem vorsichtigen Abwägen der Dinge und Meinungen, das in den Jahren der Auseinandersetzung im Raum der Kirche von vielen nicht verstanden, ja abgelehnt wurde, aber sicher oft nötig war, immer unser Bruder war. Die katechetische und volksmisionarische Arbeit hatte in ihm einen treuen Freund und Förderer.“<sup>96)</sup>

Auch dem Provinzialkirchlichen Beirat wurden in den Unterausschüssen konkrete Aufgaben zugewiesen. So berichtete Walter Schwarz noch im März 1944: „Ich stelle dem Ausschuß für die kirchliche Lebensordnung (v. Schönberg, Sup. Buntzel, Schicha) die Aufgabe, eine geistliche Ordnung des Christenlebens zu schaffen. Der Ausschuß betr. theol. Nachwuchs (Sup. Eberlein, Vangerow, Tuckermann) wird sich mit der Ordination befassen“. Dem Ausschuß Gesangbuch gehörten Büchner, Burkert, H. Scholz, Hennecke, dem Ausschuß für Neuordnung der Verbände etc. Springer, Loheyde, Staude an.<sup>97)</sup>

Lange zuvor hatte sich Walter Schwarz schon mit der Frage der Pfarrkonvente befaßt und mit ihrer Geschichte beschäftigt.<sup>98)</sup>

Wenn es richtig ist, daß die kirchliche Erneuerung beim Pfarrerstand beginnt, so schien es notwendig, die Pfarrkonvente wiederzubeleben und mit geistlichem Leben zu erfüllen. Vieles an Gemeinsamkeiten hatten gerade die kirchenpolitischen Auseinandersetzungen verschüttet. So entstand in gewissenhafter Vorbereitung und aus eingehenden Erörterungen auf den regionalen Superintendentenkonventen während des Winters 1940/41 eine Konventsordnung, der sachlich eine Berechtigung nicht abzuspüren war.<sup>99)</sup> Aber daß sie vom Geistlichen Dirigenten des Konsistoriums ausging, erregte Widerspruch. Nach mancher Meinung hätte sie vom Bischof ausgehen sollen; der aber war beurlaubt. Die Anmerkung von Ehrenforth, daß OKR Schwarz die Konsultation des Bischofs während dieser Zeit offenbar gemieden habe, dürfte so nicht ganz richtig sein.<sup>100)</sup> Sie wohnten in der Breslauer Generalsuperintendentur nebeneinander, und Schwarz hat dem Bischof sowohl jeden Neujahrstag seine Aufwartung gemacht als auch bei manchem Auftreten Absprachen mit ihm getroffen. Die Naumberger kritisierten an der Konventsordnung „die Mischung aus geistlichen Anordnungen und behördlichen Reglementierungen“. Letztere könnten von einer unter kirchenfremder Gesamtleitung (EOK) stehenden Behörde nicht angenommen werden. „Eine Konvents-

<sup>96)</sup> Vgl. A. Steinbrück, wie Anm. 94, S. 233.

<sup>97)</sup> Tgb., H. III, S. 120.

<sup>98)</sup> Vgl. Sonderdruck W. Schwarz, Gesichtspunkte für eine Geschichte der Pfarrkonvente; Tgb., H. IV, S. 69.

<sup>99)</sup> Vgl. G. Ehrenforth a.a.O., S. 176 f.; Tgb., H. I, S. 11, 30.40.

<sup>100)</sup> Vgl. G. Ehrenforth a.a.O., Anm. 11, S. 176.

ordnung, die in erschütternder Weise an den entscheidenden Nöten kirchlicher Gegenwart vorbeigeht und glaubt, die tiefste Zerrissenheit der Kirche durch angeordnete Gemeinschaftsakte heilen zu können, lehnen wir ab.“<sup>101)</sup> Die Naumburger behielten ihre eigenen Konvente in der Region unter der Betreuung von D. Wilhelm Niesel, danach Lic. Werner Schmauch bei.<sup>102)</sup> Trotz dieser scharfen Ablehnung wird man nicht sagen können, daß diese in den Superintendentenkonventen begrüßte Ordnung vergeblich gewesen ist. Natürlich war sich auch Walter Schwarz darüber klar, „daß es mit Konventsordnungen nicht getan ist, daß es vielmehr auf ihre Verwirklichung ankommt“, wie er in einem späteren Aufsatz über „Gesichtspunkte für eine Geschichte des Pfarrkonvents“ selbst geschrieben hat.<sup>103)</sup>

Der Konventsordnung folgte eine „Geistliche Ordnung des Pfarrerberlebens“. Über die Geschichte ihrer Entstehung, ausgehend von einem Referat Superintendent Loheydes über Luthers „ratio vivendi sacerdotum“ auf einem Superintendentenkonvent in Friedeberg/Queis, berichtete Walter Schwarz später ausführlich im Jahrbuch für Schlesische Kirche und Kirchengeschichte 1954, Bd. 33.<sup>104)</sup> In anderthalb Jahren vom Februar 1943 an wurde viel Mühe und Arbeit an diese Ordnung gewendet. In der 5. Fassung hatte sie nach vielen Beratungen, Besprechungen und Korrespondenzen endlich die druckreife Form gefunden. Wieviel Walter Schwarz gerade an dieser Arbeit lag, geht aus seinen vielfachen Tagebuchnotizen hervor. Und dann am 19.8.1944 war es soweit: „Eine ganz große Freude: Hultsch bringt von Krakau 4000 Stück der Geistlichen Ordnung, in den letzt möglichen Tagen in Tarnow gedruckt. Nachdem alle Bemühungen, in Wien, in Holland, in Breslau die Ordnung zu drucken, gescheitert sind, ist dies eine Fügung, die ich dankbar empfinde.“<sup>105)</sup> Diese Ordnung hat ihren Weg auch in andere Landeskirchen gefunden und ist dort ohne Wissen um ihre Herkunft nachgedruckt worden. Nach dem Zusammenbruch hat sie eine Überarbeitung erfahren. Sie ist auf Antrag des Ersten schlesischen Kirchentages 1952 als Neudruck durch die Ev. Zentralstelle in Düsseldorf im Jahre 1954 aufgelegt worden.

Das Konsistorium der Kirchenprovinz Schlesien ist im Januar und Februar 1945 in den Untergang des deutschen Ostens hineingerissen worden.<sup>106)</sup> Unmittelbar nach Kapitulation der Festung Breslau bildete sich dort aus Mitgliedern der Notkirchenleitung des Bruderrats der Naumburger BK, Synodalen der Naumburger Synode und bewährten Männern der Kirche eine neue Kirchenleitung, die für sich in Anspruch nahm, die Evangelische Kirche für Nieder- und Oberschlesien zu repräsentieren,

<sup>101)</sup> Vgl. E. Hornig a.a.O., S. 321 ff.; auch S. 36 f. mit Anm. 152/3.

<sup>102)</sup> Vgl. E. Hornig a.a.O., S. 35 mit Anm. 149.

<sup>103)</sup> Vgl. Anm. 98.

<sup>104)</sup> Vgl. Jahrbuch wie 91, 1954, S. 107 ff.

<sup>105)</sup> Tgb., H. IV, S. 16.

<sup>106)</sup> Zur militärischen Lage in diesen Tagen vgl. die Zeitschrift: Schlesien, Heft I/85, S. 46 ff.

freilich ohne zu ahnen, selbst bald nach Görlitz ausweichen und das alte Schlesien der polnischen Verwaltung überlassen zu müssen.<sup>107)</sup> Zur Kirchenversammlung in Treysa vom 27.8. bis 1.9.1945 entsandte diese neue Breslauer Kirchenleitung zwei Abgesandte: Pfarrer Lic. Konrad und Ingenieur Milde. Sie erreichten die Anerkennung dieser Kirchenleitung, während Präsident D. Hosemann und OKR Schwarz nur als Gäste der Konferenz beiwohnen durften und nicht als offizielle Teilnehmer zugelassen wurden.<sup>108)</sup>

Nach dem Bericht von Schwarz warf Konrad „den Pfarrern vor, daß sie Schlesien verlassen und sich im Westen Pfarrstellen gesucht hätten, daß das Ev. Konsistorium sie ohne Parole gelassen und verlassen habe“.<sup>109)</sup> Nach seinen Angaben wären noch 2,5 Millionen Menschen in Schlesien, wo das Land versteppe. Durch diese Anklagen war das geplante Fürsorgewerk für die Ostpfarrer im Westen, um das sich gerade die abgetanen preußischen Ostkirchenleitungen, darunter auch Hosemann und Schwarz, bemüht hatten, torpediert und schwer bloßgestellt, obwohl nicht nur die Zahl der nach Westen gelangten Pastoren, sondern auch die der Gemeindeglieder bereits groß war und die wilden Vertreibungen längst vor der Potsdamer Konferenz eingesetzt hatten.

Zu Konrads Ausführungen heißt es weiter im Tagebuch Schwarz: „Ich überlegte mit Hosemann. Eine Entgegnung? womöglich ein Disput? vor dieser BKversammlung? wo längst vergangene Situationen kaum deutlich zu machen waren? Wir gaben zum Schluß eine Erklärung zu Protokoll, um den Pfarrern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und Tatsachen festzustellen“.<sup>110)</sup> Die Protokollerklärung stehe am Ende dieses Abschnitts als weithin unbekanntes Dokument aus dieser Zeit. Sie erforderte heute im zeitlichen Abstand zu den Vorgängen eigentlich eine ausführliche Dokumentation, die vielleicht einmal später folgen kann, um die bisherigen einseitigen Darstellungen zu korrigieren.

Die Treysaer Protokollnotiz vom 31.8.1945: „Pfarrer Dr. Konrad hat in seinem Bericht über die schlesischen Verhältnisse die bisherige Kirchenleitung Schlesiens schwer angegriffen, indem er erklärt hat, die schlesische Pfarrerschaft sei von der alten Kirchenleitung im Stich gelassen worden und Maßnahmen für den Katastrophenfall seien nicht getroffen worden. Die unterzeichneten Verantwortlichen für das Schlesische Konsistorium hatten als Gäste der Konferenz keine Möglichkeit gegen die harte Kritik Einspruch zu erheben, wollten auch persönliche Auseinandersetzungen vor der Konferenz vermeiden. Da ihr Schweigen aber teilweise als Zugeständnis gedeutet würde, bitten sie nachstehende Gegenerklärung den Protokollakten beizufügen.

Bereits seit August 1944 haben die Unterzeichneten unter persönlichem Einsatz auf allen Superintendentenkonventen die Superintendenten er-

<sup>107)</sup> Vgl. G. Ehrenforth a.a.O., S. 264; E. Hornig a.a.O., S. 72 f.; 343 f.; 357.

<sup>108)</sup> Vgl. Tgb., H. V, S.134, 139 f.

<sup>109)</sup> Tgb., H. V, S. 139.

<sup>110)</sup> Tgb., H. V, S. 139.

sucht, sich und die Pfarrer ihrer Kirchenkreise auf den Katastrophenfall vorzubereiten. Schriftliche Weisungen durften damals für diesen Fall nicht herausgegeben werden, so daß nur mündliche Weisungen übrig blieben. Es wurde von den Unterzeichneten unter ausnahmsloser Billigung aller Superintendenten die Anordnung gegeben: Jeder Pfarrer hat bei seiner Gemeinde zu bleiben; muß die Gemeinde auf staatlichen Befehl in die Fremde ziehen, so muß der Pfarrer ziehen; wird die Gemeinde geteilt, so muß der Pfarrer nach eigener Gewissensentscheidung sich schlüssig werden, ob er um seiner Amtspflicht willen bleiben oder mit dem Gemeindegemeinde mitziehen muß.

Wirtschaftlich hat der Kon. Präs. als damaliger stellvertretender Vorsitzender der Finanzabteilung nahezu 1 1/2 Millionen RM unter eigener Verantwortung, ohne Ermächtigung aus Berlin flüssig gemacht und unter die Superintendenten verteilt, so daß jeder Superintendent in der Lage war, alle kirchlichen Gehaltsempfänger seines Kreises einschl. Ruheständler, Witwen und Waisen mit Geldmitteln in Höhe von einem Vierteljahresbetrag der laufenden Bezüge zu versehen.

Als die militärische Umklammerung bevorstand, hat das Konsistorium seinen Sitz nach Görlitz verlegt. Es entsprach dies behördl. Anordnungen und dem Vorgang zahlreicher Behörden. Entscheidend aber war für das Konsistorium, daß es dafür sorgen mußte, seine Tätigkeit für ganz Schlesien solange wie möglich aufrecht zu erhalten. Von Breslau aus war aber damals ein Arbeiten nur noch in geringem tägl. kleiner werdenden Umfang möglich. 4 Kons- Räte (3 Juristen, 1 Theologe) mußten zurückbleiben. Die Verlegung wurde in der letzten Nacht soweit irgend möglich bekannt gemacht; ein Anschlag an der Haustür gab die neue Anschrift bekannt. Der Konsistorialpräs. fuhr zunächst nach Görlitz, um die neue Dienststelle dort einzurichten und die Unterbringungsmöglichkeiten zu prüfen. Er wollte dann nochmals nach Breslau zurückkehren, doch wurde ihm die Rückreise durch die maßgebende Behörde verwehrt. Als nach Monatsfrist die Zustände auch in Görlitz unhaltbar wurden<sup>111)</sup>, und der EOK trotz sofortiger Berichterstattung noch keine Entscheidung getroffen hatte, wurde entsprechend dem Vorgehen anderer Konsistorien den Behördenangestellten der Auftrag erteilt, sich dem EO(K) zur Verfügung zu stellen, um die notwendigen Verwaltungsmaßnahmen weiterzuführen. Eine in letzter Minute vom EO(K) eingehende telegraphische Weisung, sich wegen Unterbringung mit dem LKA Dresden in Verbindung zu setzen, konnte nicht mehr befolgt werden, weil Telegraphie, Telefon und Eisenbahnverkehr mit Dresden inzwischen gesperrt war.

So ist es tatsächlich unrichtig, daß das Konsistorium nichts getan hätte zur Meisterung des schlesischen Notstandes. Wenn einzelne Pfarrer oder Superintendenten versagt haben sollten, oder die Pfarrkonvente nicht alle Pfarrer erreichten, so dürfen diese Einzelvorgänge doch nicht verallgemeinert werden. Für das Konsistorium handelte es sich um schwerste Ge-

<sup>111)</sup> Vgl. Anm. 106.

wissensentscheidungen in einer Lage, die heute kaum noch vorstellbar ist, da heute klar vor Augen als Vergangenheit liegt, was damals verborgene Zukunft war. Jedenfalls sollte man nicht urteilen, ohne alle Tatsachen zu kennen und dem Angegriffenen Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben zu haben.“<sup>112)</sup>

### III. Sohn des schlesischen Landes

Am schlesischen Land und seinen Menschen hing das Herz von Walter Schwarz. Hier war er von familiärer Seite her verwurzelt. Geschichte und Kultur waren ihm, dem abstraktes Denken ferner lag, Werte, um deren Kenntnis und Erforschung sich zu bemühen lohnendes Ziel war, ohne den Blick auf die großen Zusammenhänge deshalb außer acht zu lassen.

#### 1. Herkunft und Jugend

Walter Schwarz entstammt einer seit Generationen in Schlesien ansässigen Familie. Er hat seine Herkunft nie verleugnet, seinen Eltern stets ein dankbares Gedächtnis bewahrt und einen ausgesprochenen Familiensinn besessen, den er auch im Alter noch gepflegt hat.

Am 3. Dezember 1886 als Ältester unter später drei Geschwistern in Hirschberg i. R. geboren, ist er dort zunächst mit der ihm folgenden Schwester Margarete, später verheiratete Treutler, aufgewachsen. Die Eltern hatten nach ihrer Heirat ihre erste Häuslichkeit in einem bescheidenen villenartigen Gebäude an der Promenade eingerichtet, das in der Familie der niedrigen Räume im ersten Stock wegen oft als „Hütte“ bezeichnet wurde. Der Vater war bereits seit Michaelis 1879 als Altphilologe am Hirschberger Gymnasium tätig und seit 1881 als Gymnasiallehrer angestellt. Die Mutter, jüngste Tochter des späteren Landgerichtsdirektors Eberhard Sachse in Oppeln, hatte zuvor dem verwitweten Vater den Haushalt geführt. Nach seiner Zuruhesetzung 1892 folgte er ihr nach Hirschberg. Die glückliche Ehe der Eltern bei aller Verschiedenheit der sich gegenseitig ergänzenden Temperamente, die Befriedigung des Vaters in seinem Lehrberuf und die lange Friedenszeit nach dem deutschen Einigungskrieg von 1870/71 boten die besten Voraussetzungen für eine geborgene Kindheit und stetige Entwicklung des jungen Menschen. Die Erziehung lag, wie der Vater meinte, „naturgemäß“ in der Hauptsache bei der Mutter, der der Sohn zeitlebens bis in die letzten Jahre während des 2. Weltkrieges in Glatz eine besondere Zuneigung bewahrte. Die Schulzeit bereitete dem Jungen keine Not. Er besuchte das Hirschberger Gymnasium nach entsprechender Vorbereitung auf der Mittelschule und blieb dort bis Obertertia. Die Hirschberger Jahre begründeten eine Vorliebe für das Gebirge, auf das man aus dem Fenster der 1895 bezogenen Wohnung am Fuße des Cavalierbergs blickte und das in späteren Jahren so oft zum Urlaubsziel werden sollte.

Über den weiteren Familienkreis hinaus entwickelte sich ein reger Ver-

<sup>112)</sup> Maschinendurchschrift im Nachlaß W. Schwarz.

kehr mit Kollegen und auch dem Direktor. Hier kreuzten sich zum ersten Mal die Wege mit Elsbet Thalheim, dessen ältester Tochter. Vom gemeinsamen Spiel wird berichtet. Noch im 2. Weltkrieg erinnerte sich<sup>113)</sup> Walter, in Jungentagen mit Elsbet vom Herdberg heruntergerodelt zu sein. Hermsdorf am Kynast, das der Vater besonders schätzte, schwebte ihm in späteren Jahren als Ruhestandssitz vor. Das Riesengebirge war auch bevorzugtes Feriengebiet der Eltern im Sommer. Erinnerungen an eine Sommerfrische mit den Eltern auf der Bradlerbaude wurden wach, als er 1943 und 1944 sich dort unterhalb von Schnee gruben- und Peterbaude auf der böhmischen Seite wieder aufhielt. „Wir haben es gut getroffen in der Bradlerbaude, die so voll von Erinnerungen für mich ist an die Sommer 1897 und 1898. Noch sehe ich meinen Vater, seine italienische Lektüre treibend, vor der Baude auf- und abgehend. Die bange Zeit, die wir dort verbrachten, ... ist mir unvergänglich. Und das Spielen am Bärenbach. Und die große Überschwemmung 1898, die in Spindlermühle das Hotel „Deutscher Kaiser“ umriß und uns drei Tage später als sonst in unserer Abgeschlossenheit den Tod Bismarcks vernehmen ließ. Auch dem Jungen (11jährig) war der Ernst dieses Ereignisses deutlich nach dem Eindruck, den es auf die ältere Generation machte. Die Baude, in der wir primitiv wohnten, ist 1911 abgebrannt. Der jüngste Sohn nach dort geltendem Erbrecht übernahm die Brandstätte und baute neu auf ... Die Baude ist heute größer und komfortabler, aber noch ohne elektrisches Licht, was uns im Sommer nicht störte, und ohne Rundfunk, was uns sehr lieb war, wenn gleich die allgemeine Situation und Zeitungslosigkeit auch manchmal bedrückend war.“<sup>114)</sup> Neben der Bradlerbaude gab es auch Ferien auf den Grenzbauden oberhalb Schmiedebergs oder im Winter Abfahrten mit Hörnerschlitzen oder Rodel von dort.

Jugenderinnerungen hafteten aber nicht nur an Hirschberg und dem Gebirge. Denn die Jahrhundertwende brachte Veränderungen und eine Wanderschaft durch verschiedene Regionen der Provinz mit sich, wie es Beamtenfamilien nicht nur damals gehen konnte. Die Vielfalt des Landes, der Menschen und ihrer Eigenarten, aber auch der Schulen lernte Walter Schwarz kennen. Die Umgebung der neuen Wohnorte oder eigentümliche Landschaften erwanderte er sich mit seinem Vater. Dieser war Ostern 1900 nach Bunzlau versetzt und dort mit der Leitung des Gymnasiums betraut worden, d.h. er wurde dem Direktor zugeordnet, um diesem die Verwaltungsarbeit abzunehmen. Er meinte später, in diesen Jahren „Direktor gelernt“ zu haben.

Die vermögende Stadt hatte 1858 das Gymnasium gegründet und ihre Ehre darein gesetzt, einen stolzen Bau zu errichten, wie ihn wohl nur wenige Kleinstädte aufzuweisen hatten. „Auch sonst zeigte die Einrichtung nicht jene fürchterliche Ärmlichkeit, die ich von Hirschberg her gewöhnt war. Dazu kam, daß das Haus abseits von der Straße lag und von gärtnerischen Anlagen umgeben war. Kurz, ich habe oft den Stadtvätern von Bunzlau

<sup>113)</sup> Vgl. Tgb., H. IV, S. 158.

<sup>114)</sup> Tgb., H. II, S.: 131 f.

für ihre Freigebigkeit gedankt und dabei gesagt, daß es doch ganz gut ist, wenn der Staat nicht bei allem seine Hand im Spiele hat.“<sup>115)</sup> Das war eine den Vater charakterisierende kurze Bemerkung, die den sonst an große Sparsamkeit und Bescheidenheit gewöhnten preußischen Beamten verriet. In die Bunzlauer Zeit fiel auch der Konfirmandenunterricht bei Superintendent Straßmann, der sich „wohlwollenderweise mit einem halbjährigen Unterricht begnügte“.<sup>116)</sup> Am 28.3.1901 noch vor Ostern fand die Einsegnung statt.

Mit den Primanerjahren trat Oberschlesien in den Gesichtskreis des Heranwachsenden; für den Vater, der in Lubschau bei Lublinitz dicht an der Grenze zu Polen geboren war, keine terra incognita. Fraglos haben Kenntnis des Landes, Einfühlungsvermögen in die Denkungsart der Menschen und Zugang zu den Besonderheiten des Grenzlandes gerade auch in späterer Zeit in den Erlebnissen und Erfahrungen dieser Zeit seiner Jugend ihren Grund.

1903 war der Vater zum Direktor des Gymnasiums in Pleß ernannt worden, so daß die Bunzlauer Zeit nur eine Episode blieb. Die „evangelische Fürstenschule“, Gründung des Fürsten Pleß in der kaum 5000 Einwohner zählenden Kreisstadt an der äußersten Grenze des Reichs, war nach wenigen Jahren an den Staat abgetreten worden, wiewohl sich der Fürst unter der Bedingung der Bewahrung des evangelischen Charakters der Schule zur Zahlung eines jährlichen Zuschusses und der Kosten für ein neues Schulgebäude verpflichtet hatte. Es umfaßte die Klassenräume, eine einfach gehaltene Aula und die Amtswohnung des Direktors. Das Kollegium bestand außer dem Direktor aus 9 Oberlehrern, 1 wissenschaftlichen Hilfslehrer und 1 technischen Lehrer. Die Schülerzahl betrug durchschnittlich 200, zu 50 % evangelischer, etwa 43 % katholischer und 7 % jüdischer Religion. Eine Besonderheit war das von einem Trägerverein, in dem der Direktor den Vorsitz führte, unterhaltene Alumnat mit bis zu 19 Plätzen.<sup>117)</sup>

Etwas ganz Neues war allerdings das „polnische“ Element unter den Schülern. Der Vater konnte sich nicht erinnern, daß diese Jungen, die doch vielfach erst in der Dorfschule Deutsch gelernt hatten, durch Mangel an Sprachkenntnissen Schwierigkeiten gemacht hätten. Nationale Bestrebungen irgendwelcher Art traten damals noch nicht hervor. Die ganze polnisch-nationale Bewegung ist nach dem Urteil des Vaters erst später künstlich entfacht worden. Der (wasser-) polnisch sprechende Oberschlesier hat sich damals nicht als Pole gefühlt. Erst landfremde Hetze fing dann an, ihm einzureden, daß er unter preußischer Herrschaft bedrückt werde und eigentlich das Kongreß-Polnisch, das er z.T. gar nicht verstand, als seine Muttersprache anzusehen habe.<sup>118)</sup>

<sup>115)</sup> Erinnerungen des Vaters (Maschinendurchschrift), S. 98.

<sup>116)</sup> Wie vor S. 99.

<sup>117)</sup> Wie vor S. 104 ff.

<sup>118)</sup> Wie vor S. 106.

Der Umzug vor dem Osterfest 1903 verlief nicht ohne Dramatik. Nicht nur die bevorstehenden Festtage waren die Gründe, sondern vier Tage nach dem Fest schneite es noch derartig, daß der Wagenverkehr in der Stadt völlig lahmgelegt war. Trotzdem kam die Familie schließlich in der Amtswohnung gut unter. Der Primaner absolvierte die letzten Schuljahre ohne Komplikationen.

Von Pleß aus wurden die damals üblichen Turnfahrten meist in die Beskiden unternommen.<sup>119)</sup> Einmal war der Vater mit den Primanern sogar in Krakau. Aus all dem ist zu ersehen, wie problemlos sich damals der Verkehr über die Grenze abspielte und im Gegensatz zu heute keinerlei Schwierigkeiten bereitete. Neben dem fürstlichen Park war auch die nähere Umgebung nicht ohne Reize. Von dem nahen Solbad Gottschalkowitz hatte man eine Aussicht auf die Beskiden fast wie von der Warmbrunner Promenade auf das Riesengebirge. Schönster Punkt der Umgebung war zweifellos der Klimtschok (1119 m)<sup>120)</sup>, so hoch wie die Brocken, der von der damals österreichischen Grenzstadt Bielitz aus in zwei bis drei Stunden erstiegen werden konnte, um dann über Klementinenhütte nach Pleß zurückzukehren. An Tarnowitz und die in ganz Oberschlesien damals berühmte Ungarweinstube von Slazek erinnerte sich Walter Schwarz, als er sie im 2. Weltkrieg freilich nur noch als ziemlich heruntergekommenes Lokal wiederfand.<sup>121)</sup> Die Zeit in Pleß schloß für ihn mit dem Abiturexamen am 22. März 1905.

## 2. Berufswahl und Breslau als Wirkungsfeld

Berufswahl und Studium ließen zunächst über Schlesiens Grenzen hinaus blicken. Das Heimatgefühl des Schlesiers war ja nicht in der Weise eng, daß er neben Schlesien nichts hätte gelten lassen. Frühere Generationen mußten sogar zu Studienzwecken immer die Heimat verlassen, da Schlesien bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts über keine eigene Hochschule verfügte. Erst in der preußischen Zeit verlegte Friedrich Wilhelm III. die Universität Frankfurt/O. in die schlesische Hauptstadt und verschmolz sie mit der dortigen katholischen Hochschule Leopoldina im Jahre 1811. Studienjahre außerhalb aber weiteten und schärften den Blick durch Vergleich mit anderen Stämmen und Sitten. Sich in der engeren Heimat zuhause zu fühlen und zugleich im größeren Deutschland sich nach Land und Leuten, Geschichte und kulturellen Besonderheiten umzutun und umzuschauen, schließt sich ja keineswegs gegenseitig aus.

Der Weg zum akademischen Studium war vorgezeichnet. Urgroßvater und Vater waren diesen Weg gegangen, der eine als Mediziner, der andere als klassischer Philologe. Nur der Großvater hatte die Landwirtschaft vorgezogen. Walters Neigung zur Theologie schien beim Vater auf gewisse Bedenken zu stoßen, weniger dagegen bei der Mutter. Auch von dem Großvater Sachse hieß es, daß er schwerlich mit solcher Berufswahl ein-

<sup>119)</sup> Wie vor S. 107.

<sup>120)</sup> Vgl. Walter Kuhn, Geschichte der deutschen Sprachinsel Bielitz, 1981 S. 17.

<sup>121)</sup> Vgl. Tgb., H. III, S. 5.

verstanden gewesen wäre. Er war zwar alter preußischer Richter in ehrenvollstem Sinne dieses Wortes. Denn sein hervorstechender Charakterzug war die Gerechtigkeit als die sein ganzes Leben beherrschende und durchdringende Macht. Aber er war gänzlich unkirchlich<sup>122)</sup> wie ein großer Teil der damals gebildeten Schicht. Die erste Immatrikulation in Halle erfolgte noch als stud. theol. et phil., aber der Philologie hat er sehr bald den Laufpaß gegeben. Entscheidend wirkten auf ihn die drei nächsten theologischen Semester in Marburg ein. Die Atmosphäre der hessischen Universitätsstadt nahm ihn gefangen, und er gewann tiefe Eindrücke vom hessischen Volksleben und eine Liebe zu August Friedrich Christian Vilmar, dem Schulmann, Theologen und streitbaren Publizisten. Sein Collegium Biblicum vermittelte ihm zeitlebens viele biblische Einsichten. Seine Literaturgeschichte und seine pastoraltheologischen Blätter regten ihn zur näheren Beschäftigung mit ihm an, so daß er 1938 im Furche-Verlag eine kleine Biographie über seinen „Heiligen“ in der Reihe „Gotteszeugen aus 2000 Jahren Kirche Jesu Christi“ veröffentlichte. Sie trug den Untertitel „Ein Leben für Volkstum, Schule und Kirche“. <sup>123)</sup> Nicht nur das Elternhaus, sondern auch dieser Mann förderte seinen Sinn für Kultur- und Bildungs-, vor allem aber auch die Schulpolitik, für die er sich stets ein lebendiges Interesse bewahrt hat.

Die Umgebung von Marburg erschloß sich ihm auf vielen Wanderungen. Die innere Verbindung hat er nicht abreißen lassen. Am 14./15.8.1945 sah er das damals zerstörte Marburg wieder. Per Anhalter erreichte er die Stadt. „Eigen war mir ums Herz, als ich ... die Straße nach Marburg fuhr. Dort ist ein Stück meines Lebens geblieben. Lange war ich nicht da gewesen. Wir fuhren durch die hessischen Dörfer. Sie waren nicht reinlicher geworden seit meiner Studienzeit! Jetzt lagen amerikanische Neger in ihnen als Besatzung. Vor der Einfahrt nach Marburg ein Zeltlager für deutsche Kriegsgefangene, ganz unter Wasser. Die Gegend um den Bahnhof ist ganz zerstört; aber St. Elisabeth unversehrt! Ich wanderte herauf durch die Stadt; die Wege schienen mir länger als früher. 39 Jahre war es her, daß ich sie als Student gegangen war. Da ging es zum Fechtboden, da zur Wohnung D. Rades (Martin Rade, Prof. für system. Theologie und Herausgeber der „Christlichen Welt“, 1857-1940), da zum Roten Graben, wo auch Frau von Veith gewohnt hat, da zu Elwerts Buchhandlung; da hatte mein verhuzzelter Bälgetreter gewohnt, der mir beim Orgelspiel gedient hat. Noch trugen die Frauen und Mädchen die Hessentracht. In den engen und steilen Gassen die amerikanischen Autos. — Am 15.8. (1945): Ein Vormittag in Marburg, bei regnerischem Wetter. Zuerst auf dem Friedhof zum Grabe von A. Fr. Chr. Vilmar.“ <sup>124)</sup> Auf seinen Spuren bin ich s.Zt. auch in Kassel und Umgebung gewandert. Der Marburger Zeit folgte ein Semester in Berlin, wo damals Männer wie

<sup>122)</sup> Vgl. Erinnerungen des Vaters, S. 68.

<sup>123)</sup> Walter Schwarz, August Friedrich Christian Vilmar, Berlin 1938.

<sup>124)</sup> Vgl. Tgb., H. V, S. 123-125.

Bernhard Weiß, Adolf von Harnack, Karl Holl und Julius Kaftan mit anderen die Theologische Fakultät repräsentierten. Die Zeit mag zu kurz bemessen gewesen sein, um tiefer einzudringen. Jedenfalls führte Ostern 1908 der Weg für die beiden Abschlußsemester zurück nach Schlesien an die Breslauer Friedrich-Wilhelms-Universität. Anfang April legte er hier die 1. theologische Prüfung mit dem Prädikat „im ganzen gut“ ab.

Noch einmal ging er, wie schon berichtet, für ein Vierteljahr nach Hamburg, von wo er einen Anstoß zur Inneren Mission Johann Hinrich Wicherns erhielt. Doch dann hatte Schlesien ihn wieder. Militärische Dienstzeit, praktische theologische Ausbildungszeit als Vikar und erste pfarramtliche Tätigkeit vollzogen sich in der Heimatprovinz und heimatlichen Kirche.

Zur Ableistung der Militärdienstzeit meldete er sich im oberschlesischen Ratibor, dem neuen Wohnsitz der Eltern seit Oktober 1908. Er erhielt seine Ausbildung als Einjährig-Freiwilliger bei dem in Ratibor stehenden 62. Infanterie-Regiment unter tüchtigen Offizieren und Unteroffizieren, unter denen lediglich ein junger Leutnant sich dem Akademiker gegenüber nicht sehr wohlwollend zeigte. Körperlich hat ihm der Dienst nichts ausgemacht.

Freilich lernte er auch des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr und die Eintönigkeit des Kasernenhofes kennen. Doch verstand er es durchaus, sich mit den Kameraden in dem oberschlesischen Regiment einzurichten. Rasselwitz bei Neiße hatte er als schönstes Manöverquartier in guter Erinnerung.<sup>125)</sup> Am 31.3.1910 wurde er nach der Regel zum Gefreiten befördert und am 30.9. d.J. bestand er das Offiziersexamen. Gerne hätte er noch die beiden militärischen Übungen zum Reserveoffizier angeschlossen. Doch der damalige gestrenge Generalsuperintendent D. Nottebohm legte sich quer. Trotz seiner eigenen Teilnahme am Feldzug 1870/71 war er nicht geneigt, bei den Kandidaten der Theologie militärische Neigung aufkommen zu lassen.<sup>126)</sup>

So endete die Soldatenzeit in Ratibor am 30.9.1910 mit der Entlassung als Unteroffizier d.R. und Qualifikation zum Reserveoffizier, ohne daß der Theologe in späterer Zeit den Dienst noch einmal aufzunehmen brauchte. In seiner Bibliothek aber sammelte er aus historischem Interesse eine ganze Reihe militärischer Biographien, die er seinem Ältesten übereignete, als dieser die aktive Offizierslaufbahn einschlug.

Das Konsistorium schickte ihn nunmehr zur praktisch-theologischen Ausbildung nach Nieder- bzw. Mittelschlesien. Am Anfang stand ein sechswöchiger Informationskursus am Volksschullehrerseminar in Sagan, um die catechetischen Fähigkeiten anzuregen. Zum 1.12.1910 erfolgte die Einweisung ins Lehrvikariat zu Superintendent Richers in Steinau a.O. Der damals selbstverständlich noch unverheiratete Vikar wohnte wie üblich im Pfarrhaus und wurde auch in den Kreis der Familie aufgenommen.

<sup>125)</sup> Vgl. Tgb., H. II, S. 195.

<sup>126)</sup> Vgl. Erinnerungen des Vaters, S. 138.

Die gütige Frau des Superintendenten machte dem Kandidaten das Einleben nicht schwer. Dem Superintendenten begegnete er mit gebührendem Respekt vor dessen Amt. So hat er auch diesem Pfarrhaus ein dankbares Andenken bewahrt. Nach Ablauf des Lehrvikariats blieb Walter Schwarz bis auf kurze Monate, in denen er Superintendent Biehler in Bad Charlottenbrunn unterstützen sollte, in Steinau, um sich auf die nächste Prüfung vorzubereiten. Anfang März 1912 absolvierte er den vorgeschriebenen Examensgang: Zwei Klausuren, eine Examenspredigt in der Breslauer Hofkirche und eine mündliche Prüfung. Auch diese Probe bestand er mit dem gleichen Prädikat wie zwei Jahre zuvor die erste Prüfung. Der Ordination in der Magdalenenkirche zu Breslau, der Ordinationskirche der schlesischen Pastoren, durch Generalsuperintendent D. Nottebohm am 20.3.1912 konnte die Mutter beiwohnen. Die Berufung ins geistliche Amt war damit vollzogen, und der Weg zum Dienst in der schlesischen Heimatkirche stand nun offen.

Von Bad Charlottenbrunn als erster Station pfarramtlichen Wirkens war schon die Rede. 1912 wurde Walter Schwarz auf die dortige Vikariatsstelle eingewiesen und machte von dort aus den vergeblichen Versuch, auf eine ordentliche Pfarrstelle in Sagan gewählt zu werden. Da traf es sich gut, daß die Vikariatsstelle in eine zweite Pfarrstelle für die Gemeinde im Waldenburger Bergland umgewandelt wurde. Der Patron, Rittmeister a. D. Böhm, Besitzer des an Bad Charlottenbrunn angrenzenden Ritterguts Tannhausen wurde von Superintendent Biehler dahin bestimmt, diese neu begründete Pfarrstelle dem jungen Pastor zu übertragen. Am 16. Februar 1913 erfolgte die feierliche Amtseinführung. Der schlanke Turm der Kirche über dem Ort, zeichnerisch festgehalten, hing noch später als kleines eingerahmtes Bild in der Breslauer Wohnung in Erinnerung an diese erste Zeit, in die auch Heirat und Geburt des 1. Kindes fielen.

Ein zweites Pfarrhaus war noch nicht vorhanden. So mietete die Gemeinde für den Pastor eine Wohnung im 1. Stock des freundlichen Hauses von Tischlermeister Michalk. Die Eltern stellten dem Sohne die von der Mutter des Vaters ererbten Kirschbaummöbel als Wohnzimmer zur Verfügung. Sie haben später das Arbeitszimmer von Walter Schwarz in den Breslauer Jahren möbliert. Die Eltern kauften aber dem Sohne auch ein Piano zum damals stolzen Preise von 1250 M, allerdings abzüglich 10 % wegen Barzahlung, wie der haushälterische Vater in seinen Erinnerungen festgehalten hat.<sup>127)</sup>

Gründe dafür, die Hochzeit mit Elsbeth Thalheim, der Tochter des inzwischen in Breslau als Provinzialschulrat tätigen früheren Hirschberger Direktors aufzuschieben, bestanden nicht. Da man damals auf eine abgeschlossene Ausbildung der Tochter — sie hatte 7 Semester neuere Philologie und Germanistik studiert — noch nicht absoluten Wert legte, stand nach der Verlobung am 29. Juli 1913 der Hochzeit nichts mehr im

<sup>127)</sup> Wie vor S. 139.

Wege. Am 6. Januar 1914 wurde das Paar in der Breslauer Johanniskirche durch den blinden Superintendenten Berthold aus Pontwitz getraut.

Der Krieg brach unversehens im gleichen Jahre aus. Daß die Jahre von 1916 bis 1919 ein Zwischenspiel in der Nachbarprovinz dargestellt haben, ist bereits gesagt. Die Nachbarprovinz war ja kein Ausland. Vielmehr bestanden schon in früheren Jahren familiäre Beziehungen z.B. nach Krotochin, wo Großeltern beider Eheleute Jahre gelebt hatten. Auch war der Bruder des Vaters im Kreise Hohensalza (Inowraclaw) als Landwirt ansässig geworden. Doch der Ausgang des Krieges führte in die Heimatprovinz zurück und zwar nach Breslau, der Hauptstadt, die von 1919 bis 1945 also ein Vierteljahrhundert sozusagen in den besten Mannesjahren die Ausgangsbasis für das vielfältige Wirken werden sollte.

Die beiden Wirkungsstätten in Breslau, das Mietshaus am Schweidnitzer Stadtgraben 29, in dem der Ev. Preßverband für Schlesien allmählich seine Büros ausweitete, und das Evangelische Konsistorium am Schloßplatz 8, ein bescheidener schmuckloser Bau, lagen nicht weit auseinander. In Erinnerung an einen Besuch im früheren Posener Konsistorium im Jahre 1943, das sich damals allerdings nur noch Büro der Kirche nennen durfte, konnte er allerdings feststellen: „Wie froh können wir über unseren alten Kasten am Schloßplatz 8 sein: denkbar schlicht, aber doch in Ordnung“.<sup>128)</sup> Mit heutigen Behördenbauten verglichen, kann man sich freilich nur wundern, welche Arbeit damals in diesen bescheidenen Räumen geleistet worden ist. Heute ist dieses erhalten gebliebene Gebäude von der polnischen Evangelisch-Augsburgischen Gemeinde für Büros und Pastorenwohnung genutzt. Wenn man dort die Treppen hinaufsteigt, um sich den Schlüssel zur Hofkirche zu erbitten, dieser von Langhans erbauten und inzwischen auch renovierten Kirche, beschleichen einen doch eigenartige und merkwürdige Gefühle im Gedenken an die Menschen und die kirchliche Arbeit, die von hier ausgegangen ist.

Das Studium von Biographien, die in ihrer Vielfalt und ihrem Reichtum kaum auszuschöpfende Geisteswelt des 19. Jahrhunderts und die volkstümlichen Schriftsteller fanden immer wieder sein Interesse. Die Nutzung der Zeit ließ keine Viertelstunde verstreichen, ohne nach einem Buch zu greifen oder einige Aufzeichnungen zu machen und Lesefrüchte einzubringen.

Im Eckart-Kreis versammelten sich geistig interessierte Menschen zu Dichterlesungen. Auch unterhielt Walter Schwarz Verbindungen zu Schriftstellern, die vor geladenem Kreise lasen wie noch Anfang der dreißiger Jahre Hans Grimm oder Edwin Dwinger, vor allem aber auch Gertrud Bäumer und Rudolf Alexander Schröder, mit dem er sich auch über die Sprache der „Geistlichen Ordnung des Pfarrerlebens“ austauschte, sowie Friso Melzer, der aus Indien berichtete; sie gehörten in diesen vielseitigen Kreis geistigen Austausches. Daß Walter Schwarz auch an dem Weg seines früheren Mitarbeiters Jochen Klepper, der ja dann nach Berlin

<sup>128)</sup> Vgl. Tgb., H. III, S. 60.

gegangen war und dessen Leiden an der Zeit seine Tagebücher offenbaren, Anteil genommen hat, braucht kaum hervorgehoben zu werden. Besonders der Friedrich-Wilhelm-Roman „Der Vater“ eröffnete ihm eine neue Sicht auf diesen preußischen König, der mit Gott und sich gerungen hat. Auch Kurt Ihlenfeld gehört in diesen Kreis. Ihn holte er nach der Ausbombung in Berlin und der Stilllegung des Eckart-Verlags nach Schlesien zurück auf die Pfarrstelle der Kirchengemeinde Pilgramsdorf im Kirchenkreis Goldberg. An dieses Dorf in den Tagen der Flucht erinnert Ihlenfeld bewegender Roman „Das Wintergewitter“.

Unzählig waren die Reisen in die Provinz, die Besuche in den Pfarrhäusern, sowie die Vorträge und Freizeiten in Städten und Tagungsheimen während der Zeit im Preßverband. Die konsistoriale Zeit brachte kaum weniger Reisen in die Provinz mit sich, zumal zunehmend die mündliche Information an Bedeutung gewann gegenüber der schriftlichen, der man wegen der ständigen Überwachung nicht alles anvertrauen konnte. Am 20.3.1943 heißt es: „Der Muskauer Park ist in der Herbstsonne einzig schön“. Oder am 1.12.1943: „Schneelandschaft. Lieblicher Blick zur Gnadenkirche (Landeshut) u. den Pfarrhäusern in Fachwerk hinauf“. Oder noch am 27.9.1944: „Der Tag im Gebirge war einzig schön. Der August u. September waren von einem seltenen Wetter; die Sonne strahlte von einem blauen Himmel, daß der Gegensatz der friedlichen Natur u. der Kampf der Menschheit grell zutage trat“.

Unter den Kirchenjubiläen ragte vielleicht das 100. der Kirche Wang, der norwegischen Stabholzkirche in Oberbrückenberg, am 30.7.1944 besonders hervor. Das Tagebuch berichtet: „Sonniges, wenn auch nicht schönes Wetter. Wir sammeln uns 9.45 zum historischen Umzug vor dem Pfarrhaus. Die Feier des 100jähr. Jubiläums beginnt. Die alte Fahne wird vorangetragen. Eine große Zahl von Einheimischen und Fremden versammeln und ordnen sich nach dem Posaunenchor. Der Zug umschreitet den Friedhof und betritt die Kirche; viele bleiben draußen u. hören durch Lautsprecher. (Pastor) Passauer predigt über Mt. 7,13 f. anschaulich, eindringlich, auch deutlich. König Friedrich Wilhelm IV. kam am 28.7.1844 zur Einweihung u. gab, nachdem er am 26.7.1844 gnädig in dem Attentat bewahrt worden war, Gott die Ehre.“<sup>129)</sup> Es war die Woche unmittelbar nach dem Attentat auf Hitler in der Wolfsschanze. Pastor Passauer wurde 1945 nach der Kapitulation von Polen ermordet. Er liegt auf dem Friedhof seiner Kirche begraben.

### 3. Verantwortung für Schlesien

Der Zusammenbruch und die widerrechtliche Austreibung der Bevölkerung, in der die Alliierten die Vereinbarungen des Potsdamer Protokolls vom Sommer 1945 gegenüber der brutalen Stalinschen Machtpolitik nicht durchzusetzen vermochten, hat die Schlesier weithin zerstreut. In Göttingen bildete sich um Walter Schwarz eine Art Sammelstelle für

<sup>129)</sup> Tgb., H. III, S. 192.

Adressen und Informationsaustausch. Auch erreichten ihn Berichte über die Geschehnisse in Schlesien. Pastoren sprachen vor und ließen sich beraten. Walter Schwarz widmete sich neben Gottesdiensten, Pfarrern, Pfarrkonventen und Bibelstunden für die Schlesier in und um Göttingen zunächst der Lazarettseelsorge.

Der Versuch, schlesische Pastoren und Gemeindeglieder außerhalb Schlesiens zu sammeln, ging von verschiedenen Seiten aus, aber auch die Breslauer Kirchenleitung streckte ihre Fühler aus. Superintendent Loheyde kam im Auftrag eines Kreises um Superintendent Eberlein und Dr. Dr. Hultsch aus der russischen Besatzungszone im November 1945 über die Zonengrenze zu Bischof D. Zänker nach Minden und zu OKR Schwarz nach Göttingen, um eine Zusammenfassung der Schlesier in den Besatzungszonen unter diesen beiden leitenden Personen anzuregen. Der Tod von Superintendent Loheyde auf dem Rückweg — er hatte Göttingen am 20.11.1945 verlassen und drängte nach Hause — noch am Abend dieses Tages war eine erschütternde Nachricht. Er war schwarz bei Duderstadt über die Grenze gegangen, von einer Patrouille angeschossen worden und im Krankenhaus Bleicherode verstorben.<sup>130)</sup>

Mit der „Pfarrbruderschaft — Ausschuß für Betreuung evakuierter Pfarrer und Gemeinden“ gelang es Dr. Dr. Hultsch noch vom 21.-23.7.1947 etwa 120 Pfarrer in Wittenberg mit Bischof D. Zänker sowie Vertretern der Görlitzer Kirchenleitung zusammenzubringen und Einvernehmen über die unterschiedlichen Wege zu erzielen.<sup>131)</sup> Nicht so leicht gelang die Überbrückung der aus der Kirchenkampfzeit her zurückgebliebenen Gegensätze, obwohl auch Mitglieder der Naumburger BK und auch der Görlitzer Kirchenleitung inzwischen in den Westen gelangt waren. Im Rahmen des Hilfswerks der EKID war wohl ein schlesisches Hilfskomitee begründet worden. Außerdem waren in der amerikanischen und britischen Besatzungszone Beauftragte der Görlitzer Kirche zur Sammlung und Hilfeleistung tätig.

Aus all diesen Bemühungen heraus kam es auf Anregung und unter Leitung von Bischof D. Zänker und Bischof Hornig schließlich am 22./23.3.1950 in Darmstadt zu einer Begegnung von Vertretern aller Richtungen, die sich nun als „Gemeinschaft evangelischer Schlesier (Hilfskomitee)“ zusammenschlossen. Diese gab sich auf dem 1. Kirchentag vom 20.-22.6.1952 in Hannover die Rechtsform eines eingetragenen Vereins und wählte Bischof D. Zänker zu ihrem Vorsitzenden.

Nach weiteren Abklärungen stellte sich auch OKR Schwarz zur Mitarbeit in der Gemeinschaft, die auf die westlichen Besatzungszonen beschränkt bleiben mußte, zur Verfügung. Bischof D. Zänker bat dann den 2. Kirchentag vom 22.-26.6.1955 in Hannover um Entbindung vom Amt nicht zuletzt auch aus gesundheitlichen Gründen. So stand die Versammlung vor der Notwendigkeit der Umbildung ihres Vorstands. Sie wählte nunmehr Oberkonsistorialrat Schwarz zum Vorsitzenden, der auch das politi-

<sup>130)</sup> Vgl. Tgb., H. V, S. 156.

<sup>131)</sup> Umdruck im Nachlaß W. Schwarz.

sche Referat übernahm, während Prof. D. Dr. Konrad das theologische Referat im Vorstand erhielt. Walter Schwarz hatte auf diesem Kirchentag der Gemeinschaft durch sein Referat „Sind wir bereit zu neuen Wegen?“ als politischer Referent zugleich den Weg gewiesen.<sup>132)</sup>

Er endete: „Die Bereitschaft zu neuen Wegen verlangt von uns den Abschied von manchen lieb gewordenen Anschauungen und Vorstellungen. Wie sollte es anders sein! Wie könnte es bei einer solchen Erschütterung des Lebens unseres Volkes, die uns betroffen hat, ohne eine Neuorientierung von Grund auf gehen! Das mag schmerzhaft sein. Aber wenn angesichts einer neuen Lage und neuer Aufgaben Elastizität gefordert wird, sollten wir als Schlesier dazu nicht in besonderer Weise befähigt sein? Und sollte die Beweglichkeit des Geistes, die auch eine Gabe von oben ist, nicht uns Evangelischen ein besonderes Gebetsanliegen sein? So daß wir auf die Frage: Sind wir bereit? aus vollem Herzen ein freudiges Ja sagen“.

Das war damals 1955 eine höchst nüchterne und klare Sicht der Dinge. Doch unterschied sie sich weit von dem, was ein Jahrzehnt später die Verfasser der Ostdenkschrift als Motiv für ihr Handeln angaben, nämlich die unter den Vertriebenen umgehenden illusionären Zukunftsvorstellungen. Walter Schwarz hat als Sohn des schlesischen Landes seinen Landsleuten und Glaubensgenossen in der kurzen Zeit, die ihm noch beschieden war, mit manchen Beiträgen und Sachreferaten gedient. Manches hat über die Zeit hinaus Bedeutung behalten, so vor allem seine historischen Arbeiten, die teilweise an verschiedenen Stellen veröffentlicht wurden, teilweise aber auch Bruchstücke geblieben sind.

Am 23.2.1957 — der 70. Geburtstag im Dezember lag gerade zurück — wurde Walter Schwarz nach kurzer Erkrankung plötzlich heimgerufen. Er wurde am 27.2. auf dem Gräberfeld des Ev. Diakonievereins aus Berlin-Zehlendorf, dem er in den Göttinger Jahren besonders verbunden war, in Göttingen auf dem städtischen Friedhof bestattet. Prof. D. Trillhaas hat ihm im Beisein von Bischof Hornig und Prof. D. Dr. Konrad die Traueransprache gehalten. Darin hieß es: „Erinnert Ihr Euch jener Zeit, wo man gelegentlich von einem Unterschied der bekennenden und der wahren Kirche gesprochen hat? Wieviel Bitterkeit war mit dieser Unterscheidung verbunden. Wieviel Leiden, Not und Tränen. Wieviele Krisen der Brüderlichkeit in der Kirche! Wieviel Überheblichkeit herüber und hinüber! „Bekenne!“ das stand damals über der ganzen Kirche. Aber wie das geschehen sollte, darüber gingen die Meinungen auseinander. Walter Schwarz hat in ganz besonderer Weise und mit ganz besonderem Nachdruck ..., nicht zufällig, sondern mit Willen und Wissen und ohne Rücksicht, ob es verstanden würde oder nicht, der wahren Kirche gedient. Auch das bedeutet ein ganz hohes Ethos. Wieviel auch über diese Art in der Kirche gelästert und Unverständnis zum Ausdruck gebracht wird, es ist ein hohes Amt, und wir werden erst allmählich begreifen, was wir de-

<sup>132)</sup> Entwurf in Maschinenschrift im Nachlaß W. Schwarz.

nen verdanken, die in Treue verwaltet haben. ... Er hielt stille Zwiesprache über die Jahrhunderte hinweg mit den Vätern unserer Kirche. Er war von denen, die es nicht dabei bewenden lassen, daß wir in der Kirche Brüder und Schwestern haben und sind, sondern die wissen, daß wir in der Kirche Väter haben, daß alle Bruderschaft in der Kirche Floskel wird, wenn wir uns nicht zugleich der Väter erinnern. — „Bekenne“ steht im Wort des Apostels. Was wir uns vergegenwärtigt haben, wird nun die Züge echten Bekennens gewinnen, eines anderen Bekennens als das, was von der Kirche und Welt honoriert worden ist, ein Bekennen von stillerer Art, ein Bekennen zu der Treue, die uns reich gemacht hat und nimmer läßt“.<sup>133)</sup>

*Eberhard Schwarz*

<sup>133)</sup> Maschinendurchschrift im Nachlaß W. Schwarz.